

Christ und Sozialist

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands

Das unaufgebbare Humanum

Dorothee Sölle

Predigt an die Linken

Marie Veit

Sozialismus in der Welt - Fakten und Denkanstöße

Annemarie Schönherr

Sozialismus am Ende oder an einer Wende?

Udo Fleige

Der erste Tag des Sozialismus?

Solidaritätsprojekt Volksbildung in Nicaragua

LehrerInnenfortbildung in Matagalpa

Im Einzelverkauf DM 5.-

Neue Folge 16.Jg.

Juli 1992

2/92

Zu diesem Heft

Von dem „**unaufgebbaren Humanum**“, das im Sozialismus enthalten ist, hat Peter Baier, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, wiederholt - und zwar nach der „Wende“! - gesprochen und sich damit der „wohlfeilen Sozialismus-Schelte“, wie er das Triumphgebaren der „Besserwissis“ nennt, widersetzt. Ich denke, das ist ein gutes Motto für dieses Heft, dessen Beiträge sich vor allem mit diesem unaufgebbaren Kern des ursprünglichen Sozialismus beschäftigen.

Dorothee Sölles „Predigt an die Linken“ ist der Einstieg. „Wider den Luxus der Hoffnungslosigkeit“ ist ihr Wort in den Neuen Wegen (Juni 92) überschrieben, aus denen wir es übernehmen, ebenso wie **Annemarie Schönherr**s Beitrag, der im Saarländischen Rundfunk am 18.9.91 ausgestrahlt wurde.

Der Vortrag von **Marie Veit** (ebenfalls im Saarländischen Rundfunk zu hören gewesen) erscheint auch in dem Buch von Norbert Sommer (Hg.): „Der Traum aber bleibt.“ Sozialismus und christliche Hoffnung. Eine Zwischenbilanz, Wichern-Verlag Berlin. Dort hat er den, wie Marie Veit sagt „expressiven“ Titel: Der Sozialismus ist tot? Es lebe der Sozialismus!

Udo Fleige hat seinen Vortrag auf dem Gemeindetreff von ESG und KHG zum Thema „Tod des Sozialismus - Ende jeglicher Utopie?“ am 29.1.91 in Tübingen gehalten. Obwohl schon im Mitglieder-Rundbriefkopiert, erschien er der Redaktion doch für den weiteren Leserkreis von C&S wichtig.

In diesem Heft dürften auch die sonstigen Berichte ähnlichen Rang haben wie die thematischen Essays, denn sie fügen den Reflexionen das konkrete Bild der unmittelbaren Wirklichkeit hinzu. Besonders zu empfehlen ist der Bericht über unser Nicaragua-Projekt - und da wieder die bewegenden Briefauszüge von **Olivia Alvarez**, aber auch die Interviews, die **Reinhard Gaede** für uns in Stettin gemacht hat und die eigentlich schon früher hätten erscheinen sollen. Auch zwei Auszüge von Briefen neuer Mitglieder könnten Interesse wecken - und vielleicht der Werbung neuer Mitglieder oder Abonnenten dienen.

Als ich dies schreibe - und damit endlich angesichts manch anderer anliegender Arbeit im Gemeindepfarramt nun mit der redaktionellen Arbeit und dem Eintippen der Beiträge zu Ende komme -, beginnt der „Weltwirtschaftsgipfel“ in München. Die ReSo-Gruppe am Ort arbeitet seit Beginn der Vorbereitungen zu alternativen Aktionen (mit Mandat des BRSD) dort mit; deshalb soll auch der von uns mitunterzeichnete Aufruf hier nicht fehlen, wenn auch das Heft erst später ausgeliefert werden kann.

Ich fahre kommende Woche zu einem vierwöchigen Vertretungsdienst in mehrere dörfliche Kirchengemeinden in der Ex-DDR. Vielleicht gibt es von der hautnahen Begegnung mit Menschen dort auch etwas für das nächste C&S-Heft zu berichten, das ein Schwerpunktthema „Ost und West - immer noch zwei Deutschlands?“ haben soll.

Erhard Griese

Inhaltsverzeichnis

Das unaufgebbare Humanum

Eine Predigt an die Linken / Dorothee Sölle	2
Sozialismus in der Welt - Fakten und Denkanstöße / Marie Veit	5
Sozialismus am Ende oder an einer Wende? / Annemarie Schönherr	11
Der erste Tag des Sozialismus? / Udo Fleige	16
Solidaritäts-Projekt Volksbildung in Nicaragua: Gewerkschaftliche LehrerInnenfortbildung in Matagalpa / Nicaragua-AK	24
Christliche Sozialisten für die Rettung der Natur: Interviews mit Freunden aus Osteuropa / Reinhard Gaede	27
Fusion von Cfs und ReSos? - Zwischenbericht	34
Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92 in München	35
Gründe für den Beitritt zum Bund der Religiösen Sozialisten (Aus Briefen von Neumitgliedern)	38
Buchrezensionen:	40
Walzer: Zweifel und Einmischung (Arnold Pfeiffer)	40
Henrich: Der vormundschaftliche Staat (Frank Miething)	41
Etzbach/Müller/Spangenberg (Hg.): Rettet den Tropenwald! (Karl-Heinz Sülflow)	43
Jahrestagung und Mitgliederversammlung '92	3. Umschlagseite
Impressum	3. Umschlagseite

MitarbeiterInnen dieses Heftes

Udo Fleige, Schwärzlocher Straße 62, W-7400 Tübingen
 Reinhard Gaede, Laarer Str. 297, W-4900 Herford
 Frank Miething, Freiligrathstr. 3, W-1000 Berlin 61
 Arnold Pfeiffer, Hauptstr. 11a, W-6580 Idar-Oberstein
 Annemarie Schönherr, Kleiststr. 32, O-1147 Waldesruh
 Dorothee Sölle, Roosens Weg 7, W-2000 Hamburg 52
 Karl-Heinz Sülflow, Wochenmarkt 4, W-5585 Enkirch

Dorothee Sölle

Eine Predigt an die Linken

Eine Gruppe von Studenten analysierte die Folgen der Arbeitslosigkeit, sie sprachen über den Verlust des Zeitgefühls, über die Störungen in den Beziehungen, über die Bedrohung des Selbstwertgefühls und über materielle Verelendung. An der Tagung nahmen auch Arbeitslose teil, sie wurden immer unruhiger bei den Beschreibungen. Schließlich platzte einer los: *Wir* sind schon arbeitslos. *Wir* können uns so viel Hoffnungslosigkeit nicht mehr leisten.“

Die Opfer ärgerten sich über die, die sie als bloße Zuschauer ihrer Verelendung ansahen. Die Betroffenen kritisierten die Reflektierenden. Und in der Tat: Die Beschreibung des Elends samt Erkenntnis seiner Ursachen ist unzureichend. Sie ist eine andere Art von Luxus, an dem wir ersticken, vielleicht ein Luxus der Linken, an die sich diese Predigt richtet ...

Die nicaraguanische Schriftstellerin Gioconda Belli sagte auf einer Konferenz in Loccum, als sie mit der europäischen Hoffnungslosigkeit konfrontiert wurde, diese Art von Luxus könnte sich in Nicaragua niemand leisten.

Wir aber können. Es gibt eine Selbstlähmung in Ratlosigkeit. Manchmal denke ich, kein Kaninchen sitzt so vor der Schlange wie wir. Alle wissen oder können wissen, daß das System des fortgeschrittensten Industrialismus nur für eine

kleine Minderheit funktionieren kann, nicht für alle Erdenbewohner. Die siegreiche New World Order hat weder ökonomisch noch ökologisch ein Menschheitsmodell. Nicht die Armut soll bekämpft werden, sondern die Armen. Sie sind „expendable“ geworden, nicht einmal als Konsumidioten lassen sie sich verwenden. Und nicht die Erde soll bestehen bleiben, sondern die Produktionsziffern werden nach wie vor als das Nonplusultra der ökonomischen Vernunft ausgegeben.

„Wir erzählen immer nur das Kaputte“, sagte eine Studentin, „ich kann das nicht mehr hören! Wir sind vollkommen widerspruchsfrei in unserem negativen Triumphalismus!“ Die Rezitation der Zukunftslosigkeit hat genug Gründe für sich und wird doch häufig (ich erlebe das auch) als verfeinerter Zynismus empfunden. Es gibt eine negative Genüßlichkeit, die sich darin ausruht, das gegenwärtige und zukünftige Unglück in Sprache zu bringen. Selbstbeschreibungen sind ja nicht folgenlos, sie sind immer auch eine Prophetie, deren Voraussagen eintreffen, weil sie gemacht worden sind. Wir beschreiben uns als handlungsunfähig und sind in unserer Phantasie schon getötet, das erzwungene Einverständnis mit dem Unglück macht uns zu Zuschauern.

In Lateinamerika habe ich oft in Gesprächen mit Favela-Frauen empfunden: Es stimmt etwas nicht

mit unserem Wissen. Diese Art von Wahrheit - über den IWF und die Chicago Boys, die dafür sorgen, daß Schulen und Krankenhäuser in der Elendswelt verfallen, über die Ursachen des voraussagbaren Scheiterns der Umweltkonferenz in Rio, über die Leute in Bonn, die ohne den Jäger 90 nicht leben können - enthält zwar notwendige Erkenntnisse, aber es fehlt ihr das, was Wahrheit nach dem Johannesevangelium mit uns tut; diese „Wahrheit“ unserer Erkenntnisse macht uns nicht frei. So ist auch unser Wissen differenzierter, umfassender denn je und doch nicht, was Wissen sein soll und in der Tradition der Arbeiterbewegung lange war: Macht.

Es gibt die Dauergeste des Entlarvens und Demaskierens, es gibt eine ungetrübte, undialektische und rißlose Darstellung der Welt als verfallender. Wie Staatsanwälte treten wir auf gegen alle Geschichte und alle Realisationen von Freiheit. Aber von diesen Gesten läßt sich nicht leben. Wenn ich der Welt täglich nachweise, daß man nicht in ihr leben kann, so kann ich in ihr auch nicht lieben, nicht arbeiten und auf die Dauer auch nicht kämpfen. Die Ermattung vieler kritischer Menschen in den letzten Jahren, die sich heute dem Selbstmitleid und der psychologischen Selbstpflege verschrieben haben, beweist das. Wo sind sie geblieben? Die Hoffnungslosigkeit hat sie erstickt.

Und so stehen wir wie Zuschauer am Karfreitag dabei, etwas entfernt, aber doch so, daß wir die Schreie noch hören und den Gestank, den Gefolterte verbreiten, noch riechen

können. Was an dieser Zuschauerposition so unerträglich ist, ist die Bürde eines Wissens, das jede Qualität von Befreiung, Hoffnung, Veränderung verloren hat. Es ist weithin zum Todeswissen geworden. Es dient dazu, die Aussichtslosigkeit noch einmal zu demonstrieren. Je intelligenter, desto hoffnungsloser.

Die wirklich zu leistende Arbeit wäre, einen Zwiespalt in die eigene Hoffnungslosigkeit zu treiben. Sich selber in den Unglücksrezitativ zu zementieren, ist die Sprache des Unglaubens. Christus hat nicht die Bewegungslosigkeit des Gelähmten beschrieben, nicht die Blindheit der Blinden erklärt. Der andere Blick, der gegen den Augenschein behauptet: „Sie wird aufrecht gehen“, „er wird sehen“, ist die Voraussetzung der Heilung.

Es geht dabei nicht darum, irgendeinen Optimismus oder gar Magie gegen die massenmörderischen Tendenzen der Weltpolitik zu setzen. Das können wir den derzeit Regierenden überlassen. Wir brauchen einen längeren Atem, um widerstandsfähig zu bleiben. In Lateinamerika habe ich Hoffnung oft bei den an der Basis Arbeitenden gefunden, deren Überblick geringer, deren Analysen einfacher, deren Handlungsradius begrenzter waren. Ist es denn leichter, Hoffnung zu haben, wenn sie konkreter und begrenzter ist? Daß Marias zweites Kind nicht auch an Austrocknung sterbe, daß der Wassermarsch nur mit Tränengas, nicht mit Gewehrsalven in die Menge beantwortet werde, daß es gelinge, den einen nichtbestochenen Richter in der Stadt zu finden, sind

solche geringen, auf das tägliche Brot zum Überleben bezogenen Hoffnungen. Aus der Perspektive der Armen betrachtet, ist die Hoffnungslosigkeit, die wir uns leisten, eine Art von Luxus für die, die nicht in die Kämpfe verwickelt sind.

Und so nährt sich unser Zweifel an der unbezweifelbaren Macht des „Immer-größer-immer-schneller-immer-brutaler“ von den nicht voraussagbaren Geschichten der Hoffnung, die es auch bei uns zulande gibt.

Ich nenne ein paar, die mich trösten und die mir helfen: In Göttingen haben die Schulkinder angefangen, ihre Stadt dosenfrei zu machen, weil sie keine Lollis brauchen, sondern Luft zum Atmen. In Saarb-

rücken unterstützt die Stadt Solarzellen und den Umstieg auf eine andere Art von Energieversorgung. Bei Dresden versuchen Leute, das gigantische Autobahnprojekt aufzuhalten. Lebensmittelketten verkaufen Kaffee zu einem für die Kleinbauern gerechten Preis. All dies widerspricht und widersteht dem über uns herrschenden Götzen, der zur Zeit „Markt“ genannt wird. In all diesen und vielen anderen Geschichten zuckt das Leben und steht auf: Die Wahrheit über die Luft, die wir atmen, und den Kaffee, den wir trinken, hat durchaus diese Qualität, uns freizumachen von dem Projekt des Todes, das uns mitschleift. Auch der Stein auf unserem Grab liegt nicht für ewig.

Marie Veit

Sozialismus in der Welt Fakten und Denkanstöße

„Die Überlegenheit des Sozialismus ist erwiesen.“

Wer einen solchen Satz heute in Deutschland ausspricht, setzt sich dem Verdacht aus, nicht richtig im Kopf zu sein. Und doch will ich es tun. Meine Gedanken gehen dabei nicht in den ehemaligen Ostblock, sondern nach China (wo ich gewesen bin) und nach Kuba (wo ich noch nicht war) und in einige weniger bekannte Länder.

China ernährt etwa ein Viertel der gesamten Menschheit. In diesem Riesenland, zu dessen Tradition der Hunger und die Lumpen der Massen gehörten, ist es geschafft worden, daß jeder täglich seine Schale Reis hat. Dies sei nach chinesischer Auffassung das erste und grundlegende aller Menschenrechte, sagte uns Herr Wu Xing Tang, der chinesische Politiker, der uns 1985 begleitete. Das zweite sei, daß jeder Chinese ein Dach über dem Kopf und gegen Kälte und Nässe etwas anzuziehen habe. Wer diese beiden grundlegenden Rechte *aller* gefährde, der habe das Recht verwirkt, für sich noch Rechte zu fordern.

Brasilien, fast ebenso groß wie China, aber mit nur einem Zehntel an Bevölkerung, hat den Massenhunger *nicht* beseitigen können. Im Gegenteil, täglich werden Kleinbauern von ihrem Land vertrieben, durch die Pistoleros der Großgrund-

besitzer, die ihr Land vergrößern wollen, um den Soja-Boom noch besser auszunutzen. Die landlos Gewordenen vergrößern dafür das Elend in den Slums; Hunderte bettelnder Kinder wurden in Rio von Killerkommandos erschossen.

Ein anderer Vergleich: In Shanghai fotografierte ich Menschen, die auf den breiten Bürgersteigen ihrer Arbeit nachgingen, dort kochten, wuschen, Haare schnitten, Fahrräder reparierten, aber auch die Katze striegelten und mit den Kindern spielten; in den Häusern ist es eng, so daß ein munteres Leben auf den Straßen herrscht, solange das Wetter mitspielt. Bei Regen kehrt alles eilends in die Häuser zurück. Wie anders ist ein Straßenbild in einer der indischen Millionenstädte - wo die Bettler und Obdachlosen leben, und wo Mutter Teresas Schwestern die Sterbenden unter ihnen auflesen!

Warum gelang in Indien nicht, was in China möglich war? Aber halt: Zum Teil gelang es auch in Indien. In der Frankfurter Rundschau vom 30. September 1991 lesen wir: „Das südindische Kerala (war) der erste Staat der Welt, wo 1957 eine kommunistische Partei nach demokratischen Wahlen legal an die Macht kam, und sie hat hier einen hervorragenden Standard hinterlassen: mit der höchsten Alphabeti-

sierungsrate im Lande, der größten Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, einem relativ guten Gesundheitssystem und einer weitgehend durchgeführten Landreform ... Auch im Staat West-Bengalen ..., wo (eine) Linksfront seit vier Legislaturperioden unangefochten regiert, ist die Bilanz für indische Verhältnisse positiv. Das betrifft vor allem den Fortschritt auf dem Lande.“

Die drei „Essentials“ des authentischen Sozialismus

Wir lernen: Wo Sozialisten regieren, die diesen Namen verdienen, da werden andere Prioritäten gesetzt als im Kapitalismus. Erste Aufgabe ist ein menschenwürdiges Leben „derer unten“. Immer sind es dieselben drei ersten und wichtigsten Ziele, um die es geht: *Brot und Arbeit für alle, medizinische Versorgung für alle, Alphabetisierung und elementare Bildung für alle.*

Daß Kuba diese Ziele in einem Maße erreicht hatte, das es in ganz Lateinamerika nicht noch einmal gab, das hat vor wenigen Jahren die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) festgestellt. Heute beeilt man sich zu sagen, daß das nur mit Millionenhilfe der Sowjetunion möglich war. Aber: Auch *wir* zahlen Entwicklungshilfe. Warum gibt es, bei kapitalistischer Orientierung, nirgendwo auch nur annähernd vergleichbare Erfolge für die Massen?

Nicht immer wird übrigens in heutigen Berichten über Kuba erwähnt, warum die Hilfe aus der Sowjetunion überhaupt nötig war. Das

liegt an dem strikten Embargo der USA seit 32 Jahren. Es nahm Kuba von heute auf morgen den Export. Was mit einem Land passiert, dem man den Export zerstört, ist uns deutlich vor Augen geführt worden durch das „Desaster“, wie der Bundesbankchef Otto Pöhl formulierte, das in der DDR mit der Währungsunion passierte. Kuba mußte auf dem überfüllten europäischen Markt nach Absatzmöglichkeiten für seine Erzeugnisse suchen. Es mußte aber auch Ersatzteile für seine Traktoren, die natürlich durchweg in den USA gekauft waren, nun in der weiten Welt zu finden suchen.

Unfares Spiel! Die Sowjetunion sprang hier ein.

Sozialismus ohne Diktatur

Andererseits: Die Völker Mitteleuropas wollten den Sozialismus loswerden, in der Warenproduktion konnte er mit dem Westen nicht konkurrieren; vor allem aber drückte die Diktatur. Ein Volk, das nach Freiheit ruft, hat immer recht. Muß Sozialismus mit Diktatur verbunden sein?

Ich denke: nein. Gegenbeispiele sind das Chile Allendes und die sandinistische Zeit in Nicaragua. In beiden Fällen gehörten übrigens kommunistische Parteien auf die Gegenseite; in Nicaragua ist die kleine Kommunistische Partei heute ein Teil der U.N.O.-Koalition gegen die Sandinisten. Und in Chile? Der Arzt Salvador Allende, durch demokratische Wahlen an die Regierungsmacht gekommen und noch einmal, mit großer Mehrheit, wieder-

gewählt, hatte nicht viel Zeit, seine Pläne umzusetzen, ehe der CIA eingriff und ihn gewaltsam stürzte. (Der US-Botschafter Vernon Walters, damals zweiter Mann der CIA nach Bush, hat sich dieser Tat bei seinem Amtsantritt in Bonn ausdrücklich gerühmt. Was nach Allende kam, was der faschistische Diktator Pinochet.) Von Allende weiß die Bevölkerung noch, daß zu seiner Zeit die unterernährten Kinder täglich einen halben Liter Milch in der Schule bekamen.

In Nicaragua sind nach der Abwahl der Sandinisten - das Volk wollte Frieden, ein Ende des Contra-Krieges - alle Gesundheitsposten geschlossen worden; fünfzig Prozent waren vorher schon durch die Contras wieder zerstört. Das erste, was abgeschafft wurde, waren die Impfungen für Kinder. Die Sandinisten hatten sich sehr bemüht, die Eltern für die Impfungen zu gewinnen; etwa sechzig Prozent hatten sie erreicht.

Auch im kleinen sozialistischen Grenada wurde nach der Invasion durch die USA als erstes die kostenlose ärztliche Versorgung der Bevölkerung abgeschafft. Warum?

Die Antwort soll uns Margaret Thatcher geben. Sie hat, als sie noch Regierungschefin war, bekanntlich unser westdeutsches politisch-ökonomisches System als „sozialistisch“ bezeichnet - was in ihrem Munde Ausdruck höchsten Mißfallens war. Dabei haben wir nun wirklich keine Diktatur, und die Warenproduktion fließt über. Aber es gab ihr bei uns zu umfassende soziale Sicherungen. Bekanntlich

wurden sie geschaffen, weil es - zu Bismarcks Zeiten - bei uns eine starke sozialistische Arbeiterbewegung gab, der durch die Sozialgesetze der Wind aus den Segeln genommen werden sollte. Die „Deregulierungskommission“, die vor kurzem in Bonn ihre Vorschläge unterbreitet hat, verlangt den Abbau eines Teils dieser Absicherungen. Aber wenn können gute soziale Sicherheiten eigentlich stören? Doch nur die, deren Gewinne durch die Pflicht zu Sozialbeiträgen oder zur Beachtung von Tarifabschlüssen geschmälert werden!

Die Option der Christen

Es ist ein Kampf zwischen „oben“ und „unten“. „Klassenkampf von oben“ hat man ihn in der traditionellen Sprache der Arbeiterbewegung genannt. Auf welche Seite gehören Christen in diesem Kampf?

Lateinamerikanische Befreiungstheologen betonen die „Option für die Armen“. Es scheint mir *die* biblische Option zu sein. Wie es Witwen und Waisen und Ausländern geht, daran mißt der Gott der Bibel sein Volk. Ob gerechter Lohn beizeiten gezahlt wird, ob der Arme sein verpfändetes Obergewand jeden Abend zurückbekommt, damit er sich zu decken kann, ob Landesfremde „ins Haus geführt“ werden zum Schutz vor der Kälte und den Gefahren der Nacht - das interessiert Gott. Er blickt „nach unten“. Daß sein Sohn im Stall geboren wurde, bei Eltern, die zeitweilig ohne Obdach waren, erzählt uns die Weihnachtsgeschichte.

Aber wir dürfen es uns nicht zu einfach machen. Zwischen uns und den biblischen Zeiten liegen Jahrtausende, und in dieser Zeit hat sich vieles verändert. So konnte in alter Zeit noch niemand daran denken, daß man Gesetze verändern, ein Gesellschaftssystem umgestalten könne; schließlich ist das erst seit zweihundert Jahren, seit der Französischen Revolution, im allgemeinen Bewußtsein. Wir dagegen haben es *erlebt*, daß unser Staat von Grund auf umgekrempelt wurde: von Führerdiktatur, Ermächtigungsgesetzen und Rassengesetzen zu einer parlamentarischen Demokratie. Wir haben auch erlebt, daß gesetzliche Neuregelungen zu Beginn der siebziger Jahre neuen Spielraum für Menschen geschaffen haben. Also heißt „Option für die Armen“ für uns nicht nur, „caritativ im Einzelfall helfen“ - was immer und in jeder Gesellschaftsform nötig sein wird -, sondern *politisch* arbeiten, die Gesellschaft mitgestalten in Richtung auf ein menschenwürdiges Leben für alle.

Ich rede deshalb, in unseren mitteleuropäischen Zusammenhängen, lieber von „Option für die Massen“. Nicht als ob es bei uns keine Armen gäbe! Und als ob wir an der Armut in der Dritten Welt nicht kräftig mit-schuldig wären! Aber der Ausdruck „Option für die Massen“ macht klarer, daß wir daran mitwirken müssen, gar nicht erst so viel Armut entstehen zu lassen. Wieviele Lebensperspektiven begabter junger Menschen mögen zerstört worden sein, als Bonn das Schüler-Bafög abschaffte! Die Zahl der studierenden

Arbeiterkinder, vor allem Arbeiter-töchter, sank drastisch nach dieser Entscheidung.

Ohne Eingriffe ins Eigentum wird es nicht gehen, wenn eine gerechtere Gesellschaft entstehen soll. Denken wir nur an den unverschämten Wucher, der zur Zeit mit Mietwohnungen getrieben wird! Oder an das Leerstehenlassen von Wohnungen zu Spekulationszwecken in einer Zeit, in der immer mehr Menschen obdachlos werden - fünfstellige Zahlen in unseren Großstädten! Wie sagte der chinesische Kommunist: „Jeder muß ein Dach über dem Kopf haben“, das ist grundlegendes Menschenrecht! Aber: „Das Eigentum, das Eigentum, das ist der wahre Gott unserer lieben Christen, heiliger als Trinität und Inkarnation“, so eine brasilianische Stimme, die des Erzbischofs Helder Camara.

Sozialismus muß von unten kommen

Dennoch: Wir dürfen es uns nicht zu einfach machen. Selbstverständlich sollte eine Regierung vor allem nach „unten“ gucken, Politik für die breite Bevölkerungsmehrheit machen und die „ganz am Rande“ nicht übersehen. Aber es geht nicht nur um gute Versorgung. Sie kann, wie das Beispiel Schweden zeigt, die Menschen auch gleichgültig machen, ihnen die Initiative nehmen. Das vor allem war, so meine ich, ein Kardinalfehler im sogenannten realen Sozialismus. Es war gut in der alten DDR, daß man seinen Arbeitsplatz und seine Wohnung nicht wegen Geschäftsinteressen anderer verlieren

konnte. Aber es war schlecht, daß man *nichts* mitbestimmen konnte - nicht einmal den Termin des Erntebeginns in der Landwirtschaft! Herrlichstes Wetter mußte ungenutzt verstreichen, weil der Befehl aus der Zentrale noch nicht da war. Partizipation, Beteiligung der Arbeitenden an Produktionsplanung und -gewinn, waren deshalb auch zentrale Forderungen der linken Oppositionellen in der alten DDR. Das werden sie freilich in *unserem* System erst recht nicht bekommen.

Sozialismus muß von unten kommen. Selbstverantwortliche Gestaltung des Arbeitsprozesses, gemeinsames Eigentum am Betrieb, Mitbestimmung über das, was produziert wird, solidarische Teilung der Arbeit, Kooperation statt Konkurrenz, aber auch statt Kommando von oben oder bloßem Versorgtsein - dahin muß der Weg gehen, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll. Anfänge sind da, gerade auch in einzelnen Großbetrieben der USA. China hat seit der wirtschaftlichen Öffnung seinen Bauern das Land in vererbare Pacht gegeben - nicht als totales Privateigentum, was die Gefahr mit sich brächte, daß es verkauft würde, Latifundien auf der einen und hungerndes Proletariat ohne Land auf der anderen Seite entstünden, oder daß die Erträge auf dem Schwarzmarkt an den Meistbietenden gingen und dann für die Versorgung der Städte fehlten; so ist es ja leider bei Gorbatschows Versuchen gelaufen. Chinesische Bauern müssen weiterhin einen festgesetzten Teil ihrer Ernte zu festgesetzten niedrigen Preisen an den

Staat verkaufen, damit die Grundnahrungsmittel für alle billig bleiben. Was darüber hinaus produziert wird, können sie, einzeln oder als Dorfgemeinschaft, frei verkaufen. Der Freimarkt in Qing-dao quoll von Gütern über, und die Bauern derjenigen Dörfer, die einen Freimarkt erreichen können, wurden wohlhabend. Daß es im Hinterland noch viel Armut gibt, ist ein anderes Problem, an dem aber gearbeitet wird.

Wer heute „China“ sagt, weckt die Assoziation „Massaker“, so wie der „DDR“ sagt, die Assoziation „Stasi“ weckt. Beides ist schlimm, beides entstellt den Sozialismus, so wie die Inquisition das Christentum entstellt hat. Aber: Wir im Westen sind die letzten, die sich moralisch darüber erheben dürften. War das Massaker in Panama mit Tausenden von toten Zivilisten, nur weil die US-Regierung Noriega einfangen wollte, etwa besser? Oder der vom Westen, also auch von uns, finanzierte Krieg der salvadorianischen Regierung gegen das eigene Volk? Von den sechs ermordeten Jesuiten redet die ganze Welt; von den Tausenden zu Tode Gefolterten und Verschwundenen der letzten Jahre hört man kaum. Und: Ist die CIA etwa besser als die Stasi? Selbst in den USA, gerade dort, wird das stark bezweifelt.

Lebensrecht und Menschenwürde für alle

Ich denke, wir müssen der Versuchung widerstehen, Schandtaten der beiden Systeme gegeneinander aufzurechnen - oder nur die der

jeweils anderen Seite sehen zu wollen. Es kommt auf die Grundorientierung an. Da scheint es immer nur zwei zu geben, zwischen denen man sich entscheiden muß. In der Bergpredigt wird das so formuliert: „Niemand kann zwei Herren dienen; ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ Gott dienen heißt immer auch den Menschen dienen und den Chancenlosesten zuerst. Wo der Profit das Wichtigste ist - wie in unserem System der gnadenlosen Konkurrenz -, wird die Zahl derer, die keinerlei Chancen mehr haben, immer größer. Das Schicksal der Zweidrittel-Welt, an dem wir eine starke Mitschuld haben, zeigt es unübersehbar.

Sozialismus will, von seinem Ansatz her, *Lebensrecht und Menschenwürde für alle*. Die richtigen Methoden dafür müssen entwickelt werden. Über den kurzen Weg der

Diktatur geht es nicht, das hat nicht nur die Geschichte gezeigt, sondern das liegt auch im Wesen der Sache. Je mehr die Grundbedürfnisse des Menschen befriedigt sind - siehe Kerala - , desto mehr muß er mitentscheiden können. Der „Schritt vom Ich zum Wir“ - eine alte DDR-Formulierung - ist historisch gesehen an der Reihe; aber er muß in Freiheit getan werden, sonst entartet er zum Schritt vom Ich zum unterdrückten Ich.

Es ist viel zu tun, in Theorie und Praxis. Christen sollten daran mitarbeiten: Resignation ist nicht die Sache des Glaubens. Mit Blick auf das große Ziel, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, bekennen wir mit Jesaja: „Solches wird tun der Eifer des Herrn Zebaoth.“ Und mit Paulus: „Wir sind Gottes Mitarbeiter.“

Annemarie Schönherr

Sozialismus am Ende oder an einer Wende?

Es war auf dem Ruhrgebietskirchentag im Juni 1991. Auf einem kleinen Podium im Essener Grugapark wurde Ernesto Cardenal gefragt, ob ihn das Scheitern des Sozialismus weltweit traurig mache. Seine knappe Antwort: „Nicht der Sozialismus, der Kapitalismus ist gescheitert, denn er hat bisher keins der großen Weltprobleme zu lösen vermocht.“ - „Hoffnungsloser Träumer“, murmelte ein Zuhörer neben mir. In der Tat ist die Antwort des Mannes aus Nicaragua erstaunlich in einer Zeit, in der Gesellschaftssysteme, die sich „sozialistisch“ nannten, wie morsches Mauerwerk in sich zusammenfallen. Vielleicht kommt, der da leise protestierte, aus einem der neuen Bundesländer, wie ich. Dort ist der Begriff diskreditiert. Viele können ihn nicht mehr hören, und das ist verständlich. Daß der „real existierende Sozialismus“ zu existieren aufgehört hat, freut die am meisten, die unter ihm gelebt und zunehmend gelitten haben. „Sozialismus? - Nein, danke“ wurde zum erfolgreichen Wahlsport.

Unter dem Namen „Diktatur des Proletariats“ und mit dem Anspruch, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu vertreten, erstickte eine Einparteienherrschaft alle Ansätze zur Demokratie. Machtkonzentration verhinderte Machtkontrolle. Öffentliche Kritik und

Meinungsfreiheit gab es nicht. Stattdessen herrschten Gängelei und Indoktrination. Das System war ein nach dem Zweiten Weltkrieg „eingeflogenes“, keins, für das seine Bürgerinnen und Bürger sich frei entschieden hatten. Es konnte nur bestehen, wenn es die individuellen Menschenrechte weitgehend mißachtete. Daß die *sozialen Grundrechte* auf Arbeit, Bildung, Wohnung und medizinische Versorgung abgesichert waren (wenn auch nicht optimal), machte die Stärke des „real existierenden Sozialismus“ aus. Leider erwies sich aber auch diese Stärke, die viele von uns positiv bewertet hatten, als Illusion. Die sozialen Maßnahmen waren von der zentralen Planwirtschaft nicht gedeckt. Sie wäre in Kürze zusammengebrochen. Das wurde im Herbst '89 und danach überdeutlich.

Auch die „Sieger“ sind ratlos

Die Erleichterung über das Ende von Machtmißbrauch und Gängelei, von Korruption und ideologischem Druck - warum ist sie nicht ungebrochen? Ich sehe zwei Gründe dafür. Der erste hängt mit den hochgespannten Erwartungen zusammen, mit denen der größere Teil der Bevölkerung die deutsche Vereinigung begrüßt hat. Aus der Täuschung ist *bittere Enttäuschung* geworden.

Der zweite Grund liegt tiefer. Er kommt aus der Betroffenheit darüber, daß die Gegner des Sozialismus wie Sieger triumphieren. Als seien sie und ihr System bestätigt worden, als sei es bestenfalls kleiner Korrekturen bedürftig, als brauche niemand mehr über eine Alternative nachzudenken. Gewiß: Die bisherigen Erfolge in den Ländern der westlichen Welt scheinen ihre Wirtschaft- und Gesellschaftsform als die bessere auszuweisen, weil sie die effizientere ist. Aber - ich zitiere Paul Frank, Staatssekretär a.D., Verhandlungspartner bei den Verträgen mit der CSSR, mit Moskau und Warschau in den siebziger Jahren: „Trotz einer seit Jahrzehnten steigenden Produktivität, trotz unwahrscheinlicher Steigerung des Nationaleinkommens der westlichen Industrieländer hat sich der Spätkapitalismus als unfähig erwiesen, die globalen Probleme in der Welt zu lösen oder wenigstens zu mildern.“

Der laute Triumph über den Gegner, über das feindliche System, deckt zu, daß auch die „Sieger“ ratlos sind gegenüber der Krise, in der die Welt steckt.

Umfassende Demokratisierung der Gesellschaft als Alternative

Das Unbehagen über einen strahlenden Optimismus, der die freie Marktwirtschaft unkritisch begrüßt, sitzt gerade bei denen tief, die die Fehler und Mängel des DDR-Sozialismus deutlich sahen und benannten. In den Texten der Ökumenischen Versammlung für

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung vom Frühjahr 1989 in Dresden werden sie unverstellt ausgesprochen. Die Korrekturvorschläge und Forderungen drängten auf einen „demokratischen Sozialismus“, auf eine umfassende Demokratisierung der eigenen Gesellschaft. Aber der Horizont, in dem das geschah, war weitgespannt. Option für die Armen, für Gewaltfreiheit, für den Schutz und die Förderung des Lebens - so lauteten die vorrangigen Verpflichtungen. Bescheidene Ansätze zu einer wirklichen Neuorientierung - die Bibel nennt das „Umkehr“ - sehen diese Texte im rasanten Tempo einer Einordnung in das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem untergehen. Ihre Einsicht, jede lokale Entscheidung und Aktion müsse heute im globalen Kontext bedacht und vollzogen werden, ist unpopulärer denn je. Kritik an einer Zivilisation des Fortschritts bringt keine Wählerstimmen.

Die Mehrzahl der Menschen möchte - trotz zunehmender Skepsis - auf den Zug aufspringen, der *individuelle Freiheit* ohne Grenzen und *steigenden Wohlstand* als Ziele ausgibt. Daß der Zug auf einen Abgrund zurast, wenn wir seine Geschwindigkeit nicht drastisch drosseln, wird verdrängt. Das ist das Dilemma, in dem wir stecken. Die Kurzsichtigkeit, mit den Menschen „das Beste“ für ihre Kinder wollen und ihnen gleichzeitig alle Lebensmöglichkeiten abschneiden, ist eine Realität, die den Zweifel daran, daß wir vernünftig zu handeln imstande sind, immer mehr nährt.

Bei Kurt Marti fand ich ein Zitat von Hans Henny Jahnn aus dem Jahre 1929: „Es steht unbegreiflich einsam neben dem Zweibein sein Werk. Das er nicht nutzen, nicht genießen kann. Das ihn nicht glücklich macht, ihn verklavt. Indem er die Welt verbrennt, die Landschaft zerstört.“

Wo Freiheit des Individuums, freier Markt und freie Wirtschaft *wie Götter* angebetet werden, gilt weiter: mehr Leistung, mehr Wachstum, mehr Profit, mehr Konsum - egal, was aus der Erde und aus kommenden Generationen wird.

Die Schere zwischen Armen und Reichen verbreitert sich

Die Schere zwischen Armen und Reichen verbreitert sich, auch in den Industrieländern. *Hohe Arbeitslosenzahlen* sind kühl einkalkuliert. Immer mehr Frauen und Männer werden von Sozialhilfe abhängig. In den neuen Bundesländern gab es eben noch die Sicherheit des Arbeitsplatzes. „Abgewickelt“, „freigesetzt“, „auf Kurzarbeit Null“ - die neuen Euphemismen für Entlassung mildern den Schock der Arbeitslosigkeit nicht. Arbeitslosigkeit hinter dem Werkstor in der alten DDR erlebte man wenigstens gemeinsam. Viele fragen sich, was denn „sozial“ heißt, wenn der neue Mietbescheid das fünf- bis siebenfache der bis jetzt gezahlten Miete fordert, wenn in der DDR geleistete Arbeit nicht angerechnet werden soll, wenn die Kaufkraft 37 Prozent von der in den Altbundesländern beträgt.

Frauen sind überall die *am härtesten Betroffenen*. Längst machen sie unter den Arbeitslosen mehr als die Hälfte aus. Alleinlebende Mütter mit Kindern sind kaum noch zu vermitteln. Bitterkeit und Frust arbeitsloser Männer entladen sich, besonders in den engen Hochhauswohnungen der Großstädte, zunehmend in Gewalt gegenüber Frauen und Kindern. Das erzählen Mitarbeiterinnen aus einem der überquellenden Frauenhäuser.

Eine boomende Wirtschaft mag die sozial Schwachen im eigenen Land noch eine Weile miternähren können. Aber was wird aus denen, die von draußen kommen und ihren Teil vom Wohlstandskuchen wollen? In Europa hat eine *neue Völkerwanderung* begonnen, deren zukünftige Ausmaße niemand berechnen kann. Einstufung, Katalogisierung, Abschottung, Abschiebung, Duldung - wie lange werden Gesetze greifen, die den Zustrom regulieren sollen? Wie lange werden die Menschen der sog. Zweidrittelwelt den „Eurozentrismus“ geduldig ertragen, den sie immer klarer als Ursache ihrer wachsenden Verelendung erkennen?

Aruna Gnanadason aus Indien sagte im Mai 1989 bei der Ökumenischen Weltversammlung in Basel, daß der *Dritte Weltkrieg* längst begonnen habe: als ein ökonomischer Krieg des Nordens gegen den Süden der Welt. Die in diesem Krieg millionenfach sterben, hören ganz still zu atmen auf, weil sie nichts zu essen haben. Dreißig Jahre Entwicklungshilfe haben die Abhängigkeit derer, denen geholfen werden sollte, so

dramatisch erhöht, daß die jährlich fälligen Zinsen die einfließenden Summen um das Doppelte übersteigen. Und das Wahnsinnskarussell dreht sich weiter. Mir gehen Aruna Gnanadasons Anklagen nach und daneben eine Begegnung mit zwei Lateinamerikanern, die mir in Basel dafür dankten, daß ich die Sicherung der sozialen Menschenrechte im Sozialismus positiv erwähnt hatte, gleichgewichtig neben den individuellen. „Entweder es gibt eine Alternative, oder wir sind verloren“, sagten sie.

Kapitalismus als „System der Sünde“

Auf der Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Soeul war viel vom „System der Sünde“ die Rede. Damit wurde bezeichnet, was man gängig „Kapitalismus“ oder „freie Marktwirtschaft“ nennt. Dazu Carl Friedrich von Weizsäcker: „... das allbeherrschende Thema war der unstillbare Zorn des Südens der Menschheit über die ökonomische Diktatur des Nordens. In Europa und Nordamerika verbreitet sich derzeit der Mythos, der Sozialismus sei am Ende. In dieser Versammlung aber wurde man nicht ernst genommen, wenn man ein gutes Haar am Kapitalismus ließ.“

Angesichts der massiven Anklagen der Delegierten aus der Zweidrittelwelt verpflichteten die Versammelten sich und ihre Kirchen für „eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und für die Befreiung von der Last der Auslandsschulden; für die

wirkliche Sicherheit aller Staaten und Völker und für eine Kultur der Gewaltlosigkeit; für die Erhaltung der Erdatmosphäre und für die Entwicklung einer Kultur, die es erlaubt, in Harmonie mit der ganzen Schöpfung zu leben.; für die Abschaffung von Rassismus und Diskriminierung auf allen Ebenen und im Interesse aller Menschen und für den Abbau von Verhaltensmustern, die die Sünde des Rassismus fortsetzen.“

Den Vätern der *sozialistischen Bewegung* war es um Gerechtigkeit für die Ärmsten gegangen. Sie hatten erkannt, daß diese nicht durch Appelle an die Reichen herstellbar ist. Darum forderten sie die wirksame Kontrolle der Gesellschaft über alle Produktions- und Verteilungsprozesse. Sie wollten den Krieg abschaffen. Und sie plädierten dafür, den „Mensch-Natur-Stoffwechsel“ bewußt zu gestalten, um die Erde bewohnbar zu erhalten. Daß ihre Ideen in einem Desaster endeten, hat viele Gründe. Vielleicht war ein idealistisches Menschenbild der Kardinalirrtum, mit dem alle Fehlentwicklungen begannen.

Die Nähe der ursprünglichen sozialistischen Zielvorstellungen zu *biblischen Texten* ist unübersehbar. Ich habe deshalb aus den Dokumenten der Ökumenischen Versammlungen in der ehemaligen DDR, in Basel und Soeul zitiert, die sich an den Visionen der hebräischen Bibel und des Neuen Testaments orientieren. Die Hoffnungsbilder vom Gelobten Land und von der festlichen Tischgemeinschaft erinnern heiles Leben im Bunde mit Gott und

fordern dazu heraus, es zu gestalten. Wer solchen Hoffnungsbildern traut, bleibt ihnen verpflichtet und wird sich um Annäherung an sie bemühen - gegen alle entmutigenden Erfahrungen.

Was wir nicht länger brauchen, sind eingefrorene Ideologien, sind „Ismen“ mit „Ein-für-allemal-Wahrheiten“, die alle Widersprüche und Probleme auf dieser Welt für lösbar erklären. Aber auch kleine Korrekturen am Bestehenden sind keine wirkliche Hilfe.

Für ein „lebensgerechtes Miteinander“

Was wir brauchen - es ist oft genug gesagt worden - ist eine *neue Weltordnung*. Daß die sich nicht nach abgelebten Mustern erstellen läßt, hat spätestens der Golfkrieg gezeigt. Sie muß auf der Erkenntnis basieren, daß nationale und politische, religiöse und ökonomische Grenzen angesichts der gemeinsamen Bedrohung von Mensch und Natur eigentlich anachronistisch, zumindest zweitrangig geworden sind, spätestens seit Tschernobyl. Wir leben in *einer* Welt, wir sitzen in *einem* Boot. Daraus Konsequenzen zu ziehen, ist überlebensnotwendig. Solidarität aller mit allen, die Kultur des „lebensgerechten Miteinander“, wie Leonardo Boff seine Utopie nennt, wächst nicht von selber.

Unsere demokratischen Möglichkeiten, Gruppen und Bewegungen auf nationaler und internationaler Ebene zu bilden, die sich ein-

mischen, sind längst nicht ausgeschöpft. Druck von unten ist nötig, damit die Politik nicht von der Wirtschaft und ihren Interessen, sondern von Verantwortung für die Zukunft, vor allem nicht des Marktes, sondern der Menschen bestimmt wird. An der Diskussion über eine Balance zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl sind möglichst viele Männer und Frauen zu beteiligen. Alle Menschen zur Einsicht zu bringen, wird kaum gelingen. Deshalb hat die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Canberra gefordert, daß Wirtschaftsmächte und Wirtschaftspolitik heute „rechenschaftspflichtig“ zu machen seien. Sie hat damit eine alte sozialistische Forderung aufgenommen.

Nur Schuldenerlaß und die Möglichkeit, stimmberechtigt Einfluß auf die *Welthandelspolitik* nehmen zu können, wird den Ländern der Zweidrittelwelt zu ein wenig mehr Gerechtigkeit verhelfen. Rüstungsabbau und wirksame Kontrolle von Waffengeschäften sind dringlich. Strenge Umweltgesetze dürfen nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Eine Fülle internationaler Regelungen sind dringlich.

Wir brauchen eine neue Orientierung. Die Bibel nennt das „Umkehr“. Sozialismus am Ende? So, wie wir ihn erlebt haben - ja, Gott sei Dank. Aber unsere entschlossene Wende hin zu den *humanen Aufgaben*, die die Väter der sozialistischen Bewegung sahen, steht noch aus.

Udo Fleige

Der erste Tag des Sozialismus?

„Manchmal habe ich den Eindruck, daß sie uns sogar die Worte gestohlen haben.“
(Eduardo Galeano: Nicaragua, der Sozialismus und das Recht zu träumen;
Barricada internacional, dt. Ausgabe, Juli 1990).

Ja, sie haben uns das Wort gestohlen: das Wort Sozialismus. Alle die haben es gestohlen, die das bürokratische System, das im Ostblock in den letzten Jahrzehnten aufgebaut wurde, als „Sozialismus“ bezeichnet haben; die bürokratischen Machthaber im Osten Europas haben es gestohlen, als sie ihre Einheits-Parteien „sozialistisch“ oder „kommunistisch“ nannten, und die westliche Presse hat es gestohlen, wenn sie vom sozialistischen Ostblock spricht. Die Motive sind vielleicht verschieden: Manche Einheitspartei-Funktionäre mögen wirklich davon überzeugt gewesen sein, daß das, was sie praktizierten, der Sozialismus gewesen sei. Andere haben das Wort wissentlich ge- und mißbraucht, um im Vorhof der UdSSR ihre Privilegien zu sichern. Hans-Jochen Vogel, Studentenfarrer aus Chemnitz, schreibt: „Wir hätten es immer wieder ohne Haß und Häme, aber unmißverständlich sagen müssen: das ist nicht Sozialismus! (was immer es sonst sein mag, und wie immer wir dazu stehen mögen)“ (Junge Kirche 8-9/90). Von einer bürgerlichen Presse schließlich kann man kein Interesse daran erwarten, Mißverständnisse über den Begriff „Sozialismus“ aufzuklären; sie wird dankbar sein für jede

Beschmutzung des „edlen Wortes“ Sozialismus.

„Es gibt edle Namen und Titel, die verdorben sind sowohl durch die Difamierung der Gegenpropaganda als auch durch die Schuld der Beteiligten. Das edle Wort „Kommunist“ ist auf diese Weise verdorben bei allen Nicht-Kommunisten. Ebenso ist ... das edle Wort „Christ“ verdorben bei unzähligen Menschen hier im angeblich „christlichen Abendland“ wie in anderen Gegenden der Welt. Solche Worte verdienen es, gereinigt zu werden durch Rückführung auf das in ihnen ursprünglich Gemeinte.“ (Helmut Gollwitzer, Ich bin Kommunist. - Alle Gollwitzer-Zitate in: Umkehr und Revolution. Aufsätze zu christlichen Glauben und Marxismus, 2 Bände. Kaiser-TB, München 1988)

Der Mythos vom Ende des Sozialismus

In der Süddeutschen Zeitung vom 16.3.90 zieht Carl Friedrich von Weizsäcker ein Fazit der Weltversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Soeul: „In Europa und Nordamerika verbreitet sich zur Zeit der Mythos, der Sozialismus sei am Ende. In dieser Versammlung aber wurde man von der Mehrheit nicht mehr ernstgenommen,

wenn man ein gutes Haar am Kapitalismus ließ.“

Dieser Mythos wird von unseren Medien verbreitet, z.B. auch im Feuilleton der liberalen Frankfurter Rundschau. Am 20.10.90 (es hätte sich genauso gut in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gemacht) schreibt Helmut Schmitz (sic!):

„Wer stark im Glauben ist, wird an ihm nicht irre. Und an sich selbst schon gar nicht. Wer davon überzeugt war, ist und bleibt, daß der Kapitalismus dem Menschen allemal zum Übel ausschlägt und der Sozialismus ihm schlußendlich zum Wohle gereicht, der läßt sich von etwas so vergänglichem wie dem gegenwärtigen Zustand der Welt nicht beirren. Die Lehre ist richtig und die Absichten sind lauter - also muß es, Kruzitürken, in der Praxis doch endlich auch mal hinwauen. Doch kaum war man auf dem besten Wege, in die Beweislage einzutreten, da haben die vereinten Kräfte des Kapitals das aufspießende Pflänzlein unter Stiefelritten zermalmt.“

Aber der Feuilletonist irrt: Er ist es doch wohl, der sich vom gegenwärtigen Zustand der Welt nicht beirren läßt, der sich blenden ließ von der Berichterstattung der Medien, an der er gleichzeitig selber beteiligt ist: eine Berichterstattung über den angeblichen Sieg und Glanz des Kapitalismus, die die Augen verschließt vor z.B.: Dauerarbeitslosigkeit, neuer Armut, vier Millionen Sozialhilfeempfängern in der Alt-BRD, katastrophaler Wohnungsnot, Pflegenotstand in Krankenhäusern und Altenheimen; eine Berichterstattung, die nicht sehen

will, daß die meisten Menschen dieser Erde in Armut leben, und zwar gerade in den kapitalistischen Ländern; daß weltweit die Minderheit der Menschen, der es gut geht, auf Kosten der armen Mehrheit lebt. Ich brauche die Stichpunkte wie Golfkrise, Rohstoffpreise, terms of trade, Weltwirtschaftsordnung, Verschuldungskrise, Nettokapitaltransfer usw. hier nicht weiter auszuführen. Der Traum von Frieden und allgemeinem Wohlstand im Kapitalismus bleibt trügerisch.

In manchen Dingen hat Schmitz aber ganz recht: Wir sollten im Glauben stark sein (als ChristInnen und SozialistInnen), wir sind der Meinung, daß der Kapitalismus der Menschheit - wenn auch nicht jedem einzelnen! - allemal zum Übel ausschlägt und daß der Sozialismus ihr schlußendlich (!) zum Wohle gereicht wird. Ja, „wir sind zur Sozialdemokratie (d.h. zum Sozialismus) gegangen, weil wir darin etwas vom Gottesreich zu finden glaubten. ... Denn hier tauchte ja im Gegensatz zu der vorhandenen die ganze Welt des Gottesreiches auf: an Stelle der Räuberwelt eine Welt der Solidarität, an Stelle der Herrschaft der Materie eine neue Herrschaft des Geistes, an Stelle des Mammons der Mensch, an Stelle der Macht das Dienen.“ (Leonhard Ragaz 1917 in seinem Aufsatz „Das Reich Gottes und der Sozialismus“.)

Wir Kinder der Metropolen

Der Religiöse Sozialismus hat es heute mit seiner Argumentation

schwerer als Ragaz damals, nicht nur weil er gegen den mancherorts herrschenden Zeitgeist argumentieren muß. Die sozialistische Bewegung war zu Ragaz' Zeit im Aufbruch, noch unbefleckt vom sog. „real existierenden Sozialismus“ und dessen anschließendem Niedergang. In seinem genannten Aufsatz schreibt Ragaz: Wir (Christen) hatten den Glauben an Gott und Christus, an das Reich des Geistes mit all seinen Kräften, wir hatten das Ideal einer Bruderschaft, einer Erlösung aus aller Not. „Aber wir hatten keine entsprechende Wirklichkeit. Diese Welt bestand bloß in Worten, Liedern, Liturgien und Sonntagsgefühlen.“ Was ihm, Ragaz, im Bereich der Kirche und des Christentums seiner Zeit nur als *Idee* begegnete, das fand er in der „Sozialdemokratie“, im Sozialismus, *in Wirklichkeit* auftauchen: das Wort wurde hier Fleisch. „Da war, im Unterschied zu den Kirchen, das gewaltige Wollen einer Sache; da war ... Enthusiasmus und Opferbereitschaft; da war der Bruch der bestehenden Welt ... Wer sich von den Kirchen kommend hier anschloß, der geriet aus einem stagnierenden Teil in einen mächtig daherrauschenden Strom, er erfuhr, was Religion im höchsten Sinne, was Gottesreich wäre.“

So können wir heute nicht reden; im Moment scheint der Kapitalismus im Gewande der sozialen Marktwirtschaft der mächtig daherrauschende Strom zu sein. Zumindest für uns Mittelstands-BürgerInnen, Kinder der Metropolen in einem der mächtigsten und reichsten Länder der Erde, bietet sich diese

Sicht der Dinge. Für uns als Religiöse SozialistInnen aber ist nicht nur Christus in den Kirchen begraben, auch der humanistische Philosoph Karl Marx liegt begraben: in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“. Heute erscheint nicht nur das Christentum ohne entsprechende Wirklichkeit, auch der Sozialismus scheint sich in das Reich der Ideen, der Worte, der Lieder und der Sonntagsgefühle verflüchtigt zu haben, ins Land Utopia, in das Land Nirgendwo. Konstantin Wecker singt:

*Vielleicht bin ich ein alter Sack,
der noch von 68 träumt,
von Bier und Beifall aufgeschwemmt,
schon längst den letzten Zug ver-säumt;
doch träum ich immer noch
und bleib verrückt nach meinen
Utopien -
die allerdings hat man mir hier
wie damals drüben nie verziehn.“*
(„Der rechte Traum vom Vaterland“)

Wer ist verrückt?

Sozialismus adé - Marktwirtschaft olé ?

So wie es ist, kann es nicht bleiben. Für die Länder der sog. Dritten Welt drückte es Frederico Pagura, emeritierter Bischof der Methodistischen Kirche in Argentinien und Präsident des lateinamerikanischen Kirchenrates CLAI im Juni 1990 in Nicaragua aus: „Wir lehnen die Politik des IWF, der Weltbank und anderer Organisationen ab, die für die Erhaltung eines Systems sind, das von

Anfang an unmoralisch war und an jedem Tag unmoralischer wird, an dem es gegen das Leben unserer Völker eingesetzt wird. Wir sind es leid, immer nur mit Zurückhaltung darüber zu sprechen. Die Zeit ist gekommen, es herauszuschreiben. ... Wir müssen deutlich und bestimmt im Namen derer sprechen, die jeden Tag an Unterernährung sterben. Niemals kann das Evangelium oder irgendein anderes ethisches System dazu gebraucht werden, ein unmenschliches, unmoralisches und heidnisches Wirtschaftssystem zu verteidigen. Ein solches System muß verurteilt werden; ... wir sagen, daß diese Art von Wirtschaftsordnung nicht länger aufrechterhalten werden kann ..., wir danken Gott, daß es auch in der Ersten Welt Brüder und Schwestern gibt, die das Problem sehen, sich damit auseinandersetzen und dagegen kämpfen. Der Kampf muß hier wie dort stattfinden, in der Dritten und in der Ersten Welt. Wir müssen in das Herz eines imperialen Systems vordringen, das uns langsam ausbluten läßt.“ (cepad-report, Rundbrief des Evangelischen Kirchenrates Nicaraguas, deutsche Ausgabe Mai/Juni 1990)

Wir im vereinigten Deutschland leben mitten im Herzen eines neuen aufstrebenden imperialen Systems, der wirtschaftlichen Supermacht EG, die bald militärische Supermacht werden will und aus Anlaß des Golfkrieges weitere Schritte in diese Richtung unternimmt.

Der Krieg um die Köpfe

Also gut: das unmenschliche System soll verurteilt werden - aber *wofür* setzen wir uns ein, für den Sozialismus? Was ist das überhaupt - „der Sozialismus, der noch nicht gestorben ist, weil er bis jetzt noch nicht existiert hat“ (Eduardo Galeano)? Was ist es, wenn es nicht das System war, das uns der Ostblock in den letzten Jahrzehnten vorgeführt hat und das er selber so bezeichnete? Ragaz sagt (a.a.O.): „Als wir zur Sozialdemokratie gingen, so gingen wir nicht zu einer politischen Partei, sondern zu dem Proletariat. Was gingen uns Parteiprogramm und Parteidogma an? Wir sahen das Proletariat vor uns. Wir sahen es vor uns, als die Klasse der Entwurzelten, Ausgestoßenen, Enterbten, der politisch, religiös und moralisch Geächteten. ... Diese (die Sozialdemokratie) hatte sich des Proletariats angenommen. Sie allein hat das mit rechtem Ernst und rechter Aufrichtigkeit getan. ... Dieses Proletariat aber war in seinem Elend die Frucht der bürgerlichen und christlichen Welt. Sein Zustand, sein Vorhandensein war eine gewaltige Anklage gegen sie. Wir hörten diese Anklage. Sie ließ uns keine Ruhe bei Tag und bei Nacht. Darum gingen wir zur Sozialdemokratie.“

Mit Ragaz sagt der Religiöse Sozialismus: Wenn wir vom Sozialismus reden, so reden wir nicht zunächst von einer bestimmten politischen Partei. Schon gar nicht reden wir von dem, was einige uns einreden wollen, was „Sozialismus“ sei:

Bespitzelung des Volkes, Duckmäusertum, die Mauer, stinkende Zweitaktmotoren, leere Läden und Warteschlangen, Reisebeschränkungen, Parteibonzen, die auf Kosten der eigenen Bevölkerung leben, Archipel Gulag usw. Unsere Presse legt den Finger auf all diese Wunden; das soll sie auch tun, wenn sie nur dabei nicht vergißt, den Finger auch in die Wunden unseres kapitalistischen Westens zu legen! Die Diskrepanz zwischen der Idee des Sozialismus und der real existierenden „Sozialdemokratie“ gab es auch schon zu Ragaz' Zeit und wird es sicher - mehr oder weniger - immer geben. Ragaz schreibt a.a.O.: „Man stieß auf eine sich Sozialismus nennende egoistische und materialistische Gesinnung ...: die ideale Wahrheit des Sozialismus wurde mit theoretischen und praktischen Mächten verbunden, die nicht nur unfähig waren, sie zu tragen, sondern zu ihr sogar in direktem Widerspruch standen. Das sahen wir genau und empfanden es stark. Aber es hielt uns nicht ab. ... Wir fanden in der bürgerlichen Welt wahrhaftig keinen besseren Geist, dabei aber keine Idee, die sie beseelt und immer wieder geläutert und gehoben hätte.“

Die grundsätzlichen Probleme sind uns also heute nicht neu. Was heute neu ist, ist, daß die Massenmedien mit ihrer geballten Kraft dem Kapitalismus einen Nimbus verpassen wollen, der ihm in keiner Weise zukommt: als Hort der Freiheit und Kultur, als Mehrer des materiellen Wohlfahrt. Gleichzeitig werden alle Errungenschaften, die es im Ostblock ja auch gab, so z.B.

die sozialen Grundrechte, die Wertschätzung der Arbeiterschaft, die Solidarität mit der Dritten Welt, verschwiegen. Das Böse dieser Welt wird mit dem Begriff Sozialismus belegt, um so den Menschen, die Opfer des Kapitalismus sind oder zumindest von ihm nicht profitieren, jegliche Alternative und Perspektive für eine bessere und andere Welt zu nehmen. Wenn Vaclav Havel den Namen „sozialistisch“ aus der Staatsbezeichnung der ehem. CSSR herausnehmen ließ, so drückt sich damit ein Widerwille gegen das aus, was ihm und anderen in Namen eines sog. „Sozialismus“ widerfahren ist, das für viele ein Synonym wurde für Unterdrückung. Es besteht z.Zt. die Gefahr, daß die Kapitalinteressen den Krieg um die Köpfe, den Krieg um Herzen und Verstand der Menschen mit Hilfe der Massenkommunikationsmittel gewinnen. (Vgl. zur Rolle der Medien auch *Duchrow/Eisenbürger/Hippler: Totaler Krieg gegen die Armen, Geheime Strategiepapiere der amerikanischen Militärs. Kaiser-Tb. 1989, und Noam Chomsky: Die fünfte Freiheit. Über Macht und Ideologie. Argument-Verlag 1988.*)

Der erste Tag des Sozialismus

Aber, schreibt der Kommentator aga in der FR vom 25.1.90 (es gibt auch andere Kommentatoren als die oben zitierten), „an das, was mit Sozialismus ursprünglich gemeint war, werden sich die Hoffnungen der Mühseligen und Beladenen knüpfen, solange es Not und Ausbeutung gibt, ob man nun Begriffskosmetik treibt

oder nicht. Was ist nicht an unvorstellbar Scheußlichem unter dem Begriff „christlich“ geschehen - und doch ist es stets gelungen, zu Recht ihn immer wieder inhaltlich neu zu bestimmen.“

Sieht man mal etwas genauer hin, so stellt man fest, daß sehr viele Kommentatoren des Zusammenbruchs im Osten - von ganz links bis ganz rechts - sich durchaus einig sind, daß es doch nicht „der“ Sozialismus war, der da zusammenbrach. Einige Antworten auf die Frage, was denn nun am Ende sei:

„Der Revisionismus“ (Xenophon Nushi, albanischer Botschafter in Paris, FR 30.12.89), „die Planwirtschaft“ (Tyll Necker, ehem. Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, FR 19.10.89, die „politisierten staatskapitalistischen Systeme“ (Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, FR 12.12.89), „der staatlich-administrative Sozialismus“ (Neues Deutschland 12.12.89), „die stalinistische Bürokratenklasse“ (Karl Grobe in der FR 18.12.89), „der bislang angewandte Sozialismus“ (Erklärung auf dem 16. Plenum der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei PVAP, FR 7.11.98), „der Leninismus-Stalinismus“ (August Rathmann in C&S 1/90), „das stalinistisch-breschnewistische Modell“ (Willy Spieler in C&S 1/90), „ein korruptes bürokratisches Herrschaftssystem mit einer privilegierten Oberschicht“ (Thomas Kremersper in C&S 1/90).

Nein, was nun auch gestorben sein mag - der Sozialismus war es nicht. Er kann vielmehr jetzt erst

wieder neu beginnen. Endlich legen die bürokratischen *staatskapitalistischen* Systeme (Gollwitzer in: Die kapitalistische Revolution) des Ostblocks den Namen „Sozialismus“ ab, ziehen den Namen des Sozialismus und Kommunismus nicht mehr in den Schmutz. Vielleicht wird auch jetzt erst die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus richtig beginnen, weil der real existierende „Sozialismus“ von der wirkliche Debatte nur abgelenkt hat. „Geh doch rüber!“ - diese Aufforderung an alle Kapitalismuskritiker hat ausgedient.

„... heute ist der erste Tag des langen Lebens, das er (der Sozialismus) noch vor sich hat!“ (Eduardo Galeano a.a.O.)

Denn darin waren sich die Religiösen SozialistInnen immer einig: „Christentum und Kapitalismus stehen einander gegenüber die Feuer und Wasser.“ (Wilhelm Hohoff)

Unser Sozialismus ?

Ich lehne mich im letzten Kapitel an Thesen von Helmut Gollwitzer an. Was er in den letzten 40 Jahren zum Thema Christentum und Sozialismus geschrieben hat, verdient es, wieder nachgelesen und bedacht zu werden. Ich rufe seine Thesen (mehr oder weniger wortgetreu) in Erinnerung und stelle zur Diskussion die Fragen: Sind diese Sätze gültig wie eh und je? Können wir sie heute noch so akzeptieren? Wo müssen sie ergänzt, revidiert oder gestrichen werden? Müssen wir nicht heute das Wort „Sozialismus“ ganz vermeiden?

1. Sozialismus ist keine Ideologie; es ist so wenig eine Ideologie wie Kapitalismus eine Ideologie ist, sondern - schon realisierte oder angestrebte - Realität.

2. Sozialismus ist ein Gesellschaftssystem zugunsten der unter dem jetzigen System zur Verelendung verurteilten Menschen, d.h. der Mehrheit der Weltbevölkerung, die Veränderung zu einer solidarischen Gesellschaft. Das Ziel des Dienstes der JüngerInnen Jesu ist eine Gesellschaft, die ihren ungleich begabten Gliedern Gleichberechtigung gibt und jedem Glied die Chance ganzer Lebensentfaltung, in der die Starken den Schwachen helfen, in der die Produktion im Dienste aller steht, in der das Sozialprodukt nicht von einer privilegierten Minderheit abgeschöpft wird, so daß den anderen nur der bescheidene Rest zur Verfügung steht, in der geeignete Regelungen die Freiheit und die gesellschaftliche Mitbestimmung aller sichern. Das Ziel ist eine sozialistische, klassenlose Gesellschaft.

3. Die bürgerliche Revolution hat bestimmte Grundrechte proklamiert; das heißt aber nicht, daß sie sie auch verwirklicht hat. Die sozialistische Bewegung definiert sich durch das Ziel einer vollen Realisierung der *individuellen Menschenrechte*, die in der bürgerlichen Gesellschaft zwar versprochen, aber zugleich auch verweigert werden: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die sozialistische Bewegung spricht der kapitalistischen Produktionsweise die Möglichkeit ab, uns dieser Realität näherzubringen. Die bürgerliche Gesellschaft ist ein

Privilegiensystem und begünstigt bestimmte Gruppen. Sie hat ein Produktionssystem, das ebenfalls ein Herrschaftssystem, also eine Ungleichheit der Machtbeziehungen zwischen Menschen darstellt, nämlich Ungleichheit zwischen denen, die über die Produktionsmittel verfügen, und denen, die nur ihre Arbeitskraft haben. Sind die Privilegien gefährdet, ist es auch mit den Rechten aller nicht mehr weit her.

Ziel des Sozialismus ist es, die in der bürgerlichen Demokratie nur versprochene, bestenfalls nur formal realisierte Selbst- und Mitbestimmung voll zu verwirklichen. Deshalb darf sozialistische Verwirklichung nicht hinter diese bürgerlichen Freiheitsvorstellungen zurückfallen.

4. Es werden in der kapitalistischen Gesellschaft darüber hinaus all die *sozialen Menschenrechte* unerfüllt bleiben, die dem Einzelnen nicht als privatem Individuum, sondern nur mittels gesellschaftlicher Strukturen zuteil werden können: das Recht auf Arbeit, auf Gesundheitsfürsorge, die Bewahrung vor Hunger, Wohnungsnot usw., der Anspruch auf gesunde Umwelt und unzerstörte Natur, gleiche Bildungschancen usw.

5. Marxismus ist eine der Realisierung von Sozialismus dienende Theorie. Die Marxsche Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie ist, obwohl mit irrigem Voraussagen über die Lebensdauer des kapitalistischen Systems verknüpft, scharfer Ausdruck dafür, daß Marx nie einen Zweifel über die Inhumanität des Kapitalismus hat

aufkommen lassen - und darin ist er nicht überholt, sondern in diesem Jahrhundert furchtbar bestätigt worden.

6. Der historische Materialismus ist eine Methode der Geschichtsbefragung, eine Suchmethode. Die historisch-materialistische These leugnet nicht die Bestimmtheit von Individuen durch den Geist entgegen den eigenen materiellen Interessen, sondern sie fragt nach den treibenden Kräften, nach dem, was in einer Epoche Massenwirkung und Dauerwirkung bekommt. Der historische Materialismus hat energischer als alle anderen Weisen der Geschichtsbetrachtung darauf aufmerksam gemacht, daß nicht zu allen Zeiten alles möglich ist. Die jeweilige Entwicklung der Produktivkräfte setzt unseren Möglichkeiten Maß und Grenze.

7. Es muß aus der Geschichte der Sowjetunion gelernt werden, daß die Enteignung der Produktionsmittel als solche noch nicht der erste Schritt des sozialistischen Aufbaus ist, sondern nur eine Voraussetzung dazu. Je nachdem in wessen Hand die Produktionsmittel geraten, kann auf dieser Basis entweder Arbeiterdemokratie sich entwickeln oder ein neues, von den Rücksichten der bürgerlichen Demokratie noch dazu ungehemmtes Herrschaftssystem. „*Es wird Sache der nächsten Generation in diesen Ländern sein, die Entwicklung wieder in Richtung materialer Demokratie zurückzubiegen*“ (Gollwitzer 1973!).

8. Was sind die essentiellen Elemente von Sozialismus, die jeder, der den Namen eines Sozialisten verdient, praktisch und theoretisch festhalten muß? Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die Interpretation der Geschichte auf ökonomischer Basis als eine Geschichte der Klassenkämpfe, die Überwindung des Kapitalismus durch die Herrschaft der abhängig Arbeitenden, d.h. die Herrschaft der Mehrheit der Bevölkerung über sich selbst durch den Besitz der gesellschaftlichen Produktionsmittel. Genosse ist, wer die drei Essentials des Sozialismus - Vergesellschaftung (nicht: Verstaatlichung!) der Produktionsmittel, Verständnis der Geschichte als von Klassenkämpfen bestimmt, Überwindung der Klassengesellschaft durch die klassenlose Gesellschaft - theoretisch bejaht und praktisch bestätigt.

Dies sind die inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Fragen der Strategie und Taktik werden noch genug Anlaß zu Trennungen und Gegensätzen geben.

(Alle Gollwitzer-Zitate in: Umkehr und Revolution, Aufsätze zu christlichem Glauben und Marxismus. 2 Bände, Kaiser-Tb., München 1988.)

Ebenso hilfreich für die weitere Diskussion wie Gollwitzers Thesen ist m.E. das Buch des französischen Philosophen André Gorz, geb. 1914: „Und jetzt wohin? Zur Zukunft der Linken. Mit Fragen von Otto Kahl-scheuer“, Rotbuch-Verlag 1991.

Nicaragua-Arbeitskreis (Konrad Braun, Udo Fleige, Christoph Weidinger)

Solidaritäts-Projekt Volksbildung in Nicaragua: Gewerkschaftliche LehrerInnen-Fortbildung

Zur Vorgeschichte

Vor mehr als sechs Jahren initiierte der gemeinsame Nicaragua-Arbeitskreis des Bundes der Religiösen SozialistInnen Deutschlands e.V. und der ChristInnen für den Sozialismus die Zusammenarbeit mit dem LehrerInnen-Seminar „Instituto Pedagógico José Martí“ in Matagalpa im nördlichen Bergland Nicaraguas: durch politische Öffentlichkeitsarbeit, durch die jährliche Herausgabe eines Postkartenkalenders, durch die Vorbereitung und Begleitung einer mehrwöchigen Deutschland-Rundreise zweier Lehrerinnen aus Matagalpa im Winter 1990, durch den Verkauf von „Bausteinen“ und die Sammlung von Spenden.

Bald wurde das Projekt von christlichen SozialistInnen, von Initiativen aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), von Dritte-Welt-Läden, von christlichen Gemeinden, von einem Förderkreis für Bildungsprojekte in Nicaragua und einem Verein zur Förderung lateinamerikanischer Befreiungstheologie gemeinsam getragen.

Im Dezember 1987 schickten wir den ersten Container mit Unterrichtsmaterial nach Matagalpa, zwei Kubikmeter Papier, Stifte, Matrizen Schreibmaschinen usw. für ca. 6000 DM. Anfang 1988 war es erstmals möglich, für dringend notwendige Erweiterungsbauten am Instituto eine erste Rate von einigen tausend US-Dollar zu überweisen. Durch die solidarische Unterstützung vieler Menschen konnte diese Arbeit materiell und politisch weiterentwickelt werden.

Im Institut („escuela normal“) wurden GrundschullehrerInnen („maestras fundamentales“), fast ausschließlich junge Frauen ausgebildet. Fast zwei Drittel aller LehrerInnen Nicaraguas waren „empiricos“: sie unterrichteten schon in den Schulen, mußten aber parallel dazu ihr Examen in Abend- und Wochenendseminaren

vorbereiten. Neben der 3-jährigen grundständigen Ausbildung von LehrerInnen war diese „profesionalización“ die Hauptaufgabe des „José Martí“.

Die Situation nach der Wahl von 1990

Nach der knappen Wahlniederlage der regierenden Sandinistischen Befreiungsfront FSLN am 25.2.#990 hat die neue Regierung aus dem Parteienbündnis U.N.O. die Bildungsausgaben drastisch gekürzt. Es wurden Tausende von LehrerInnen entlassen, vor allem die „empiricos“. Schulen, besonders auf dem Lande, wurden geschlossen. Zum 31.1.1991 wurde unsere Vertrauensperson in Matagalpa, Profesora Olivia Alvarez Alvarado, als Direktorin des Instituto José Martí pensioniert, so wie es auch vielen anderen SandinistInnen erging.

Was die Menschen auf dem Lande verlieren, illustriert eine Szene aus einem baptistischen Kurs für Katechese des Jahres 1992. Die TeilnehmerInnen wurden gebeten, sich an ein kleines Geschenk zu erinnern, das ihnen große Freude bereitet hat. Von sechs Gruppen nannten fünf „Lesen und Schreiben, den Besuch der Schule, eine Brille“. Auch in nächster Zukunft stehen die Chancen schlecht für eine staatlich geförderte Bildung auf dem Lande. Die Zukunft der Bildung wird wieder stark von lokalen Initiativen und auch von Solidaritätsgruppen abhängen.

Das neue Bildungs-Projekt

Olivia Alvarez arbeitet heute im Frauenreferat des Sekretariats der LehrerInnen-Gewerkschaft ANDEN in Matagalpa. Der Frauenanteil in der LehrerInnenschaft beträgt 85 %. Am 8. Juni 1991 führte Olivia Alvarez in Zusammenarbeit mit ANDEN in Matagalpa die erste Fortbildungs-Werkstatt für Lehrkräfte mit 25 Teilnehmerinnen durch. Seitdem finden diese

Seminare („talleres“) mit bis zu 70 TeilnehmerInnen aus sieben umliegenden ländlichen Gemeinden in der Regel einmal im Monat an einem Samstag statt. Die Themen der Werkstatt-Seminare werden zusammen mit den LehrerInnen festgelegt: Pädagogik, Psychologie, Didaktik, Sexualerziehung, Volkskultur, Werken ... Von den Solidaritätsgeldern werden die Honorare der DozentInnen, die Fahrtkosten der TeilnehmerInnen aus den umliegenden Gemeinden, die Materialien für die Kurse und ein Mittagessen bezahlt. Einige bedürftige TeilnehmerInnen erhalten zusätzlich ein Stipendium der Gewerkschaft ANDEN, um ihre Kurse am staatlichen Seminar „José Martí“ weiter besuchen zu können.

In ihren Briefen vom April und Mai 1992 schreibt uns Olivia Alvarez:

„(Ihr habt) mich gefragt, ob ich auch weiterhin in der LehrerInnen-Fortbildung zu arbeiten gedenke. Ich möchte Euch dazu sagen, daß ich, mit Euch und für die LehrerInnen, bereit bin weiterzuarbeiten bis zu dem Zeitpunkt, an dem Ihr uns nicht mehr unterstützen könnt. Eure Solidarität hat mir sehr gut getan, nicht in materiellem, sondern in spirituellem Sinn.

Mit euch habe ich verstanden, daß das ganze Universum ein unendlicher Tempel ist, in dem sich der Geist der Ewigen Weisheit bewegt.

Die Arbeit, die ich mit den LehrerInnen durchführe, bereitet mir große Befriedigung, wenn ich nach jedem Seminar die Freude sehe, mit der sie an der Arbeit sind, ihre Zufriedenheit, wenn sie ihre Arbeiten für die Klassenzimmer mitnehmen dürfen, ihre Befriedigung, wenn wir Themen diskutieren, die ihnen dann helfen, besser zu unterrichten.

Die ganze Arbeit werde ich sehr gern weiterführen, solange ihr uns unterstützen könnt. Nur unsere Aktivität im Frauensekretariat hat ANDEN Matagalpa zu diesem Zeitpunkt lebendig erhalten. Ohne unsere Fortbildungsseminare wäre ANDEN Matagalpa in Passivität versunken aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation der LehrerInnen und des Druckes der Regierung, mit dem sie unsere Gewerkschaft von der Bildfläche verschwinden lassen möchte.

Unsere Aufgabenstellung, unsere Aktivitäten und Seminare verfolgen das Ziel, auf die Nöte der LehrerInnen eine Antwort zu geben, ohne deswegen die wenigen männlichen Lehrer unseres Gremiums beiseite zu lassen. Wir haben Verbindung mit der Klinik Ixché, in der die Lehrerinnen gegen einen mäßigen Preis gynäkologisch behandelt werden. Wir haben auch Verbindung mit AMNLAE, im „Haus der Frau“; sie helfen mir beim Ablauf der Seminare, geben Unterstützung in gesetzlichen Angelegenheiten etc. ...

Falls Ihr uns 1994 nicht mehr unterstützen könnt, so erscheint mir das verständlich, Ihr habt uns ziemlich geholfen, und wir verstehen, daß alles einen Anfang und ein Ende hat. Projekte, die aus einer Eigenfinanzierung erwachsen, sind bei unserer Lehrerschaft nicht durchführbar, da sich die finanzielle Situation unserer Lehrer sehr verschlechtert hat.

Auf alle Fälle gehört die Zukunft Gott ... Worüber ich mir wirklich Sorgen mache? Die Haltung der ministeriellen Behörden (MED) bereitet mir Sorgen, denn sie haben sich vorgenommen, die Einheit der Lehrerschaft zu zerstören, sie erfinden Maßnahmen gegen die fortschrittlichen oder die ANDEN-Lehrer, sie benutzen die Gesetze (das Gesetz über die Lehrerlaufbahn), um die Lehrer anzugreifen. Sie nutzen den Hunger und die Nöte der Lehrer aus, um sie zu zwingen, sich ihren Entscheidungen zu unterwerfen.

Das MED hat sich dieses Jahr die Schaffung eines Bonus ausgedacht, den die Eltern für jedes Kind zahlen müssen, und zwar freiwillig in der Grundstufe und obligatorisch in der Sekundarstufe, jeweils 5 und 10 Cordobas; dieses Geld dient dazu, die Gehälter der Lehrer aufzubessern, jede Schule soll die gesamte eingenommene Summe auf der Bank auf ein bestimmtes Konto deponieren. Das MED wird dann am Ende eines Zeitraums ... diese Gesamtsumme unter allen Lehrern Nicaraguas aufteilen, und zwar prozentual ... Wenn eine Schule mehr einnimmt als die andere, oder wenn sie gar nichts einnimmt, wie es in den ländlichen Gebieten der Fall sein würde, würde das die Verteilung nicht berücksichtigen. Wenn wir diese anscheinend so harmlose Tat analysie-

ren, so können wir verstehen, daß sie eine schlechende Form darstellt, die Lehrerschaft gegeneinander aufzubringen und sie folglich zu spalten. Aufgrund der sehr schlechten wirtschaftlichen Situation der Lehrer wird jeder das bekommen wollen, was in seiner Schule eingenommen wurde, bei seinen Schülern. Und das ist kein Egoismus, es ist HUNGER. Die besagte Verteilung wird in der Lehrerschaft eine gewisse Unzufriedenheit hervorrufen, vor allem zwischen den Lehrern in der Stadt und den Lehrern auf dem Land. Andererseits lautet die Anweisung des MED, daß jeder Lehrer von seinen Schülern bzw. deren Eltern die Zahlung dieses Bonus einfordern soll. Wenn der Vater in wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist und sich von den Lehrern unter Druck gesetzt fühlt, was geschieht dann? Die Eltern werden sich gegen die Lehrer stellen ... Wie Ihr sehen könnte, ist diese Politik des MED unheilbringend und böse; ihr ins Mark treffendes Ziel ist es, eine Konfrontation unter den Lehrern heraufzubeschwören, und danach unter Lehrern, Eltern und Schülern. Auf diese Weise lassen sie uns allein, wenn wir es nötig haben, unsere Rechte einzufordern oder für unsere Forderungen zu streiten.

Deshalb sind wir gerade dabei, in unseren Seminaren zu analysieren, ob sich die Mühe lohnt, diesen Bonus mit so schmerzlichen Kosten zu bekommen. Wir analysieren mit den Lehrern die Absichten des MED, und gleichzeitig, mit Eurer Solidarität, verschaffen wir unseren Seminarteilnehmern Fähigkeiten und hilfreiches Material, damit sie auf irgendeine Art und Weise zumindest ihre beruflichen Bedürfnisse decken können, auch wenn wir nicht alle ihre Probleme lösen können.

Ich erzähle Euch das alles, weil es vielleicht wegen der Entfernung, die uns voneinander trennt, schwierig für Euch ist, die Wichtigkeit dieses kleinen Projektes zu erkennen, das wir entwickeln und das dank Euch existiert. Vielleicht gibt es ja Partnerschaften mit anderen Organisationen oder Zentren, die produktiver erscheinen, weil sie Wassertanks oder Brücken bauen, elektrische Leitungen verlegen usw. Was Ihr nicht wißt, ist, daß viele dieser Bauwerke

nicht aus ewigen Materialien gemacht sind und manchmal sehr schnell vernachlässigt und zerstört werden. Im Unterschied dazu ist dieses kleine Projekt aus Würde gebaut, nährt Hoffnungen, überträgt Solidarität und Kraft. ... Wenn die LehrerInnen gehen, am Ende eines Kurses, gehen sie alle nach Hause, in ihre Gemeinden, das Herz voller Hoffnungen und mit dem Wunsch wiederzukommen; sie gehen mit dem Gefühl und dem Wissen, daß sie nicht allein sind; und obwohl wir im Moment nicht die Unterstützung durch eine revolutionäre Regierung besitzen, haben wir doch Eure Solidarität und die von denen, die an den Seminaren teilnehmen."

Olivia Alvarez listet immer ganz exakt alle Ausgaben auf und belegt sie mit Quittungen; sie schickt Arbeitspläne, Teilnehmerlisten und auch Fotos von den Veranstaltungen mit. Zusammen mit ihren persönlichen Briefen, die wir immer wieder mit Spannung erwarten und mit Bewegung und Freude lesen, ergibt sich so ein farbiges, detailliertes und sehr konkretes Bild einer beispielhaften Arbeit unserer Geschwister und Genossinnen in Nicaragua, die unser Solidaritätsprojekt zu unterstützen versucht.

Liebe Leserinnen und Leser, die Dritte-Welt-Solidarität ist schwächer geworden, die Zahl der MitarbeiterInnen geringer. Wir hoffen dennoch auf eine gemeinsame Weiterarbeit und bitten um Spenden für das Projekt der LehrerInnen-Gewerkschaft in Matagalpa und die Arbeit unserer compañera Olivia Alvarez.

Diese Unterstützung kann vor allem auf zweierlei Weise praktisch geschehen:

1. Spenden auf das Konto Nr. 1354 951, Kreissparkasse Tübingen, BLZ 641 500 20 (Nicaragua-Konto des B.R.S.D.), und

2. Kauf (Weiterverkauf) des Postkarten-Kalenders 1993 „Soy Latinamericana - Ich bin Lateinamerikanerin. Nicaragua 1993“ (mit 12 Postkarten mit spanischen und deutschen Texten von Frauen aus Lateinamerika (Erlös geht vollständig an das Projekt!)), Preis ca. 12-15 DM, Rabatt für Buchläden, Dritte-Welt-Läden usw.

Zu bestellen (Festabnahme, keine Kommission) bei Helga Vandirk, Borngasse 7, 6253 Hadamar.

Reinhard Gaede

Christliche Sozialisten für die Rettung der Natur

Interviews mit Freunden aus Osteuropa

Alle Gespräche wurden von Reinhard Gaede anlässlich der Tagung des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten zum Thema „Umweltprobleme in der Ostseeregion“ (siehe C&S 4/91, S.35ff.) am 20.9. 1991 in Szczecin (Stettin) im Klosterhof der Karmeliterinnen, meist in deutscher, zum kleineren Teil in englischer Sprache geführt.

„Wir müssen unser Modell des Sozialismus machen“ (Gespräch mit Jonas Siaurukas aus Litauen)

C&S: Es ist schön, daß wir uns getroffen haben. Kannst Du vor Deiner Abreise einige Worte unseren Lesern sagen?

Mein Name ist Jonas Siaurukas. Ich lebe in Klaipeda (Memel). Ich bin glücklich, daß ich hier neue Freunde mitnehme.

C&S: Seit kurzem hat sich die Lage in Litauen verändert. Kannst du etwas dazu sagen?

Es ist ein Wunder, daß wir in die Freiheit gehen. Wir sind nicht stark, aber wir haben unseren Glauben, unsere Hoffnung. Und wir gehen nach Europa. Wir arbeiten viel und sind sehr, sehr glücklich in diesem Augenblick. Und ich denke, daß dieses Glück am Ende meiner Jahre mein Leben erfüllt.

C&S: Kannst Du sagen, wie Du diese Tage der Veränderung erlebt hast?

Wir lebten ruhig in unserer Arbeit und hatten große Demonstrationen. Aber jetzt haben wir viel Freude. Wir können und müssen viel arbeiten. Wir erleben ja erst den ersten Moment unserer Freiheit. Der

zweite Moment der wirklichen politischen und ökonomischen Unabhängigkeit muß noch folgen. Wir haben ja jetzt nur die politische Unabhängigkeit. Wir müssen viel arbeiten.

C&S: Welche Wünsche hast Du für Dein Land?

Alle meine Wünsche sind erfüllt: Freiheit! Sie ist nicht ohne Probleme. Aber die Probleme sind andere als die damals, als wir in der Sowjetunion lebten. Meine Wünsche sind erfüllt.

C&S: Ihr habt auch eine Gruppe von christlichen Sozialisten dort?

Wir haben eine Gruppe, rund zwanzig Leute. Das ist nur ein Anfang. Ich meine, daß diese Richtung in Litauen sehr respektiert wird. Aber ich muß sagen, es sind große theoretische Probleme, Sozialismus und Christentum zu einer Einheit zu machen, große Probleme theoretischer und praktischer Art.

C&S: Wir wünschen Euch, daß Ihr jetzt den menschenfreundlichen Sozialismus findet.

Ich will sagen, daß Sozialismus nicht dasselbe ist wie sowjetischer Sozialismus. Es gibt schwedischen, deutschen, spanischen. Wir müssen unser Modell des Sozialismus

machen. Also nicht einen sowjetischen, sondern einen demokratischen, christlichen, sehr liberalen Sozialismus.

C&S: Ich danke für das Gespräch und wünsche Euch viel Erfolg und viel Freude bei Eurer Arbeit.

Ich danke auch.

„Man kann jetzt nicht mehr den Genossen in Moskau die Schuld geben.“ (Interview mit Peeter Ernits, Museumsdirektor, und Rein Kitsing, Ingenieur, beide aus Tallin in Estland)

C&S: Ich bin sehr erfreut, Sie hier zu treffen, Freunde aus Estland, und ich würde Sie gern unseren Lesern in Deutschland vorstellen.

P. E.: Mein Name ist Peeter Ernits, und ich komme aus Tallin (Reval), der Hauptstadt der Republik Estland. Ich bin Biologe.

R. K.: Mein Name ist Rein Kitsing. Ich lebe auch in Estland und arbeite am staatlichen Institut für Forschung und Planung „Estnische Urbarmachung des Landes“ als Ingenieur für Hydrologie.

C&S: Die Lage in Estland hat sich sehr verändert...

P. E.: Sie denken an die Umweltsituation, nicht wahr? Die Lage ist sehr kompliziert. Estland ist eine sehr kleine Republik an der Ostsee mit 1,6 Millionen Einwohnern. Die Menschen drängen sich überwiegend in der Hauptstadt Tallin am Südufer des Finnischen Meerbusens, 80 km entfernt von Helsinki. Die kritischsten Punkte liegen im nordöstlichen Teil der Republik

nahe der estnisch-russischen Grenze. Und zweitens gibt es auch Gegenden um Tallin ...

C&S: Sie meinen die Luftverschmutzung?

P. E.: Ja. Die Verschmutzung im nordöstlichen Teil des Landes ist sehr kritisch. Sie hängt zusammen mit Ölschiefer-Abbau und Braunkohle-Kraftwerken. Diese Art Braunkohle ist heute und morgen Estlands wichtigste Möglichkeit für sein Fortbestehen als unabhängiger Staat.

C&S: Und man kann riechen, daß diese Art von Kohle verbrannt wird?

P. E.: Ja. Und zweitens haben wir große Phosphorvorkommen, Phosphoriterze, und Möglichkeiten, sie abzubauen im nordöstlichen Teil des Landes. Solche Pläne begannen 1988 im Augenblick der Unabhängigkeitsbewegung.

R. K.: In Estland ist die Wasserverschmutzung so groß ...

P. E.: Der Verschmutzungsgrad liegt über dem zulässigen Meßwert.

C&S: Glauben Sie, die Verschmutzung in Estland ist größer als in Polen?

P. E.: Das ist schwer zu sagen. Ich denke, die Gegend im nordöstlichen Teil von Estland um die Städte Kohtle Järvä und Narva mag mehr belastet sein als die um Szczecin. Die Probleme zwischen Nord-Polen und Süd-Schweden und zwischen nordöstlichem Estland und südöstlichen Finnland sind sehr ähnlich unter diesem Gesichtspunkt. Die meiste Verschmutzung wird kommen von Polen südlich der Ostsee nach Schweden und von Estland und der Leningrad-Region nach Finnland.

C&S: Eine importierte Verschmutzung?

P. E.: Ja, vom Südwesten her zum Peipussee, zum Fluß Narva und zum Finnischen Meerbusen.

C&S: Und wie ist es mit den Wäldern in Ihrem Land? Haben Sie große Wälder?

P. E.: Ja, wir haben sehr viele Wälder (Anm.: 30% des Landes). Aber die Situation in den estnischen Wäldern ist nicht so schlimm wie in Deutschland bzw. in Mitteleuropa oder in Skandinavien. Wir haben einige Stellen im südlichen Estland, die tot sind vom sauren Regen. Aber sie fallen heute noch nicht ins Gewicht.

C&S: Jetzt sind wir interessiert zu hören, wie die politische Lage ist. Ihr Land ist unabhängig geworden.

R. K.: Es ist sehr gut nach fast fünfzigjähriger sowjetrussischer Herrschaft, daß wir eine unabhängige Republik geworden sind. Aber jetzt haben wir eine Menge Probleme zu bearbeiten.

C&S: Wie war die Stimmung vor und nach der Unabhängigkeit?

R. K.: Die politischen Forderungen erhitzten sich sehr 1988 nach dem Protest gegen die Phosphor-Abbaupläne von Moskau. Alle dachten, die Unabhängigkeit wird kommen ...

C&S: Ich verstehen: Der Protest gegen Umweltschäden ist auch verbunden mit dem Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit.

R. K. In Estland gibt es viele russisch-sprechende Siedler. In einer Hinsicht kann ich diese Leute verstehen ...

P. E.: Viele russisch-sprechende

Leute leben im Nordosten. Das ist die verschmutzte Gegend. Zum Beispiel in Narva, der Grenzstadt zu Rußland, leben fast 100% Russen. Und Kohtle Järvä ist eine große Bergbaustadt und sehr verschmutzt. Dort im Nordosten leben meist russisch-sprechende Leute. Sie kamen nach Estland nicht als Siedler, sondern als Vertreter eines großen Imperiums.

C&S: Haben Sie einige von diesem kennengelernt oder haben Sie Freunde unter den Russen?

R. K. und P. E.: Ja.

P. E.: Es ist kein Problem auf persönlicher Ebene. Ich habe viele, viele Freunde in Tallin, in Estland, in Moskau, in allen russischen Ländern. Aber von der persönlichen Ebene muß man die staatliche unterscheiden. Und Estland hatte die Besatzungszeit fast ein halbes Jahrhundert. Für Russisch-Sprechende ist es wieder wichtig: Sie sind Russen, Ukrainer, Bjelorusen, sie sprechen nur russisch. Als sie nach Estland kamen, gab es für sie nur ein Sowjet-Imperium, und sie hatten keine Informationen über die estnische oder lettische Republik, die es vor dem letzten Krieg gegeben hatte. Für sie war es schrecklich, als sie erfuhren, welch hohes kulturelles Niveau die Leute hier hatten.

C&S: Gab es größere Unruhen in der Zeit des Unabhängigkeitsstrebens?

P. E.: Von den drei baltischen Staaten gab es 1988-91 in Estland überhaupt keine Konflikte. Nur Estlands Führer, der Präsident, der Ministerpräsident hatten gute Beziehungen zu den Truppenführern im

Baltikum. Aber das war in Litauen und Lettland nicht so. Nur Estland wurde eine baltische Republik ohne Konflikte und Opfer.

C&S: Wie ist die Lage der Parteien? Haben Sie auch Kommunisten?

R. K.: In dieser Zeit haben wir sehr viele politische Parteien, sehr kleine Parteien. Auch die kommunistische ist sehr klein. Seit den Unabhängigkeitsbestrebungen bzw. Reformprozessen gibt es zwei, eine sowjetkommunistische und eine estnische kommunistische Partei. Sie heißt jetzt „Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei“, in ihr vereinigt sich die große Mehrzahl der Kommunisten. Sie ist aber nicht mehr groß.

C&S: Wie ist es mit der sozialdemokratischen Partei?

R. K.: Wir haben eine sozialdemokratische Partei. Sie ist mittelgroß. In der Partei sind sehr kluge und bedeutende politische Persönlichkeiten.

P. E.: Und wir haben eine liberaldemokratische Partei. Sie hat Anhänger bei der Intelligenz. Wir haben auch eine Zentrumspartei. Sie stellt unsern Premierminister, ein guter Mann. Wir haben auch christliche Demokraten. Jüngere und Studenten gehören zu ihr. Zwei grüne Bewegungen, Parteien haben wir. Die meisten Parteien unterscheiden sich nicht sehr, sie sind engverbunden mit bekannten politischen Persönlichkeiten. Sie haben ja gerade erst begonnen. Es ist erst ein Anfang.

C&S: Vielleicht können Sie uns noch etwas über Ihren Beruf sagen,

Ihre Ziele in der nächsten Zeit, Ihre Wünsche für Ihre Gesellschaft.

P. E.: Wir haben viele Pläne für die nächsten Jahre, nicht nur auf persönlicher, meist auf gesellschaftlicher Ebene. Wir müssen mehr aufbauen, ökonomische und ökologische Programme aufstellen, sehr viele. Und die Einwohnerzahl Estlands ist sehr klein.

C&S: Und deshalb können Sie jetzt nicht nur Biologe, sondern müssen besonders Politiker sein?

P. E.: Sehr richtig. Alle Menschen, alle estnischen Patrioten müssen sich mit völlig neuen Themen beschäftigen, z.B. Schriftsteller werden Politiker.

C&S: Sie haben sicher gar nicht genug Botschafter für die vielen Länder, mit denen Sie Beziehungen aufnehmen?

P. E. und R. K. (lachen): Ja.

R. K.: Zur Zeit arbeite ich mit schwedischen Spezialisten daran, Seenlandschaften wieder zu sanieren und Flüsse zu schützen. Wir müssen uns zuerst darum kümmern, daß die Düngemittelrückstände aus der Landwirtschaft nicht ins Grundwasser gelangen, nicht in die Seen, nicht in die Ostsee. Es muß in den nächsten Jahren Projekte zugunsten der Wälder und Wiesen an den Gewässern geben. Wir haben auch sehr große Probleme mit großen Betrieben.

C&S: Es gibt in Estland Versuche einer biologischen Landwirtschaft, nicht wahr?

P. E.: Ja, die sog. „wilde Landwirtschaft“. Dafür gibt es einige vorgesehene Orte. Sie nutzen dort nur natürlichen Dünger. In diesen

Gegenden findet man eine große Menge von verschiedensten Lebewesen auf einem Hektar, z.B. mehr als 14 kg Frösche pro Hektar. Und sehr viele wilde Pflanzen und wilde Tiere. Trotzdem ist das Produktionsniveau sehr hoch.

C&S: Und der genetische Reichtum der Pflanzen ist noch da?

P. E.: Ja. Solche Bedingungen können wir meist auf den kleinen Inseln in der Ostsee finden, an der östlichen und westlichen Küste. Ich hoffe, in der Zukunft können wir noch mehr solche Zonen einrichten. Für mich und Rein und alle ist es das wichtigste, daß wir die estnische Republik haben, und jetzt können und müssen wir uns mit all unseren Problemen selbst beschäftigen. Man kann jetzt auch nicht mehr den Genossen in Moskau die Schuld geben.

C&S: Also viel Freiheit, aber auch viel Verantwortung.

P. E.: Ja, und viel, viel Arbeit.

C&S: Habt vielen Dank für das Gespräch! Das sollten wir gerade noch sagen: Früher gab es in Estland viele Deutsche. Hitler hat sie geholt. Aber jetzt, sagen Sie, kriegen Sie wieder Besuch aus Deutschland.

P. E.: Ja, sehr viel Besuch haben wir in Tallin. Sie sehen sich die mittelalterliche Stadt an. Und viele kommen mit ihren Kindern.

„Die kommunistische Ökonomie war eine Kriegsökonomie.“ (Gespräch mit Prof. *Nikodim Chlubek*, Szczecin/Polen)

C&S: Herr Prof. Chlubek, Sie sind Chemiker - und Ökologe aus Leidenschaft. Sie sprechen über Umweltprobleme im Ostseeraum.

Das ist ein Grundproblem für uns, besonders zwischen Polen und Deutschen. Es geht um unsere Grenzgebiete. Wir leben hier zusammen und müssen zusammen eine Lösung finden. Es ist die erste Aufgabe unserer Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten.

C&S: Was für Schäden kann man bemerken?

Es gibt große Schäden. Sie kommen von diesem kommunistischen Stil. Nach meiner Auffassung war diese kommunistische Ökonomie eine Kriegsökonomie. Was für Krieg benutzbar ist, das hat diese kommunistische Ökonomie realisiert. Und das bewirkte eine starke Änderung in der Mentalität. Ganze zwei Generationen haben diese andere Mentalität. „Alles für den Krieg“, war das Motto.

C&S: Was für den Krieg gut ist, ist schädlich für die Natur. Welche Schäden kann man in der Natur sehen?

Man kann viele Schäden sehen: im Wasser, besonders in kleinen Flüssen. Sie sind total verschmutzt. Es existiert praktisch kein natürliches Reinigungssystem. Das haben die Kommunisten nach dem Krieg zerstört, z.B. diese kleinen Wassermühlen. Sie erzeugen nicht viel Energie. Aber es geht um die

Wasserversorgung und um die Staubecken. Jetzt ist der Wasserstand im Land viel niedriger. Das bewirkt die größten Schäden. Das Wasser fließt zu schnell ab.

C&S Gibt es Schadstoff-Emissionen aus der Industrie und der Landwirtschaft?

Ja, das ist der nächste Punkt. Diese Kriegsindustrie, die Groß- und Hüttenindustrie, das ist das große Problem! Die Hütten verbrauchen viel Koks. Der Rest der Kohle ist benutzbar für Heizung. Das ist diese schlechte Kohle. Es sind praktisch Abfälle. Der beste Teil geht in die Industrie und bewirkt viele und große Schäden, in den Flüssen und auch in der Luft. Dabei kommen die Schäden im Stettiner Haff, an das ja polnisches und deutsches Gebiet grenzt, fast nur von uns; etwas im Wasserbereich, ausgelöst durch Fabriken in Schwedt, auch von deutscher Seite.

C&S: Umweltverschmutzung kennt keine Grenzen. Sprechen wir von der Landwirtschaft. Welche Auswirkungen gibt es auf die Umwelt?

Ja, das ist das andere große Problem. Die größte Verschmutzung kommt durch die Landwirtschaft. Es geht um die Düngemittel.

C&S: Wir haben heute den Betrieb in Kolwacze besucht, der etwa 25.000 Rinder hält. Es gibt Probleme mit der Jauche, der Gülle. Was kann man da machen?

Wir müssen zu natürlichen Bedingungen zurückgehen: Einsatz von Stroh. Jetzt stehen die Rinder über Sieben. Viel Wasser wird gebraucht für die Ableitung der

Jauche. Wenn wir Stroh gebrauchen, können wir den Mist lagern bis zur richtigen Zeit. Aber verdünnte Gülle nicht. Man wendet sie auch zur falschen Zeit an.

C&S: Wir haben heute in Gruppen darüber gesprochen. Ein Netzwerk für den Umweltschutz wäre nötig.

Was wir hier sehen auf dieser internationalen Tagung ist eine Initiative der jungen Generation, der Studenten. Wir haben Projekte auch für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen. Wir haben heute z.B. ein Rohrleitungssystem der Wasserversorgung gesehen, das Stettin mit Trinkwasser von einem See aus versorgt. Wir müssen alles für den Schutz dieses Gewässers tun. Wir brauchen Kontakte für die Zusammenarbeit mit deutschen Stellen. Man muß auch für die nächste Generation investieren.

C&S: Wie ist es mit natürlichen, regenerierbaren Energien? Gibt es da Projekte oder Erfahrungen?

Ja, aber keine großen. Es ist ein sehr wichtiges Thema, und es ist nötig, es zu bearbeiten.

C&S: Wir haben interessante Photoaufnahmen gesehen. Sie haben erst seit kurzem die Möglichkeit, so zu arbeiten.

Ich habe mit meinen Studenten viele Felduntersuchungen gemacht über die Probleme im Stettiner Haff. Der größere Teil gehört zu Polen, der kleinere zu Deutschland. Unsere Ergebnisse belegen: Der größere Teil der Verschmutzung geht von Polen zur deutschen Seite. Wir sind tatsächlich verantwortlich für diese Situation. Aber wir können das

Problem nicht allein lösen. Wir brauchen Unterstützung.

C&S: Damit unsere Leser sich das vorstellen können: Sie hatten auf der Karte die Punkte genau sichtbar gemacht, wo die Umweltverschmutzung am deutlichsten zu sehen war.

Ja, das kann man an den Aufnahmen studieren. Wir haben diese Messungen im Wasser gemacht. Zu vergleichen sind die Bilder mit Satelliten-Aufnahmen. Es war eine große Arbeit, die mit Hilfe der Studenten möglich wurde. Mit normalen Schiffen wäre die Arbeit zu kostspielig und zu gefährlich gewesen. Deshalb haben wir von Sportbooten aus gearbeitet. Bei den Wassermessungen gab es viele interessante Ergebnisse. Sie konnten bisher nicht publiziert werden wegen der Probleme in den Beziehungen Polen-DDR.

C&S: Sie sind Wissenschaftler und zugleich Christ. Können Sie etwas zur religiösen Motivation Ihrer Arbeit sagen?

Die christliche Motivation spielt eine sehr große Rolle. Es ist ja ein

Problem der Moral, ob ich in der Öffentlichkeit über richtige Ergebnisse sprechen kann oder nicht. Ich bin verantwortlich für die Wirkungen meiner Ergebnisse in der Politik. Das ist das große Moralproblem für Wissenschaftler.

C&S: Sie haben uns erzählt, Sie leben in zwei Kulturen.

Ich bin in Oberschlesien, in deutscher und polnischer Kultur, aufgewachsen. Jede Kultur hat viele gute Seiten zu präsentieren. Ich verstehe besser deutsche und polnische Mentalität als andere, und ich möchte gute Ergebnisse beider Kulturen suchen und nutzen.

C&S: Für diese Mittlerdienste sind wir Ihnen dankbar, denn es gibt ja manche Lasten der Vergangenheit zu überwinden.

Was uns vereinigt, ist eine christliche Gesinnung. Das ist eine Basis für unser gemeinsames Zusammenleben auf dieser Erde.

C&S: Vielen Dank für dieses Gespräch, Herr Prof. Chlubek.

Fusion von CfS und ReSos?

Ein Zwischenbericht

In C&S 4/91 dokumentierten wir den Brief, den der Vorstand des B.R.S.D. im Auftrag der Mitgliederversammlung am 16.10.1991 an die „ChristInnen für den Sozialismus“ (CfS) schickte. In diesem Brief schlägt der B.R.S.D. - ermutigt durch das Schweizer Vorbild - vor, „daß CfS und BRSD einen gemeinsamen Diskussionsprozeß beginnen mit dem Ziel zu einer neuen, gemeinsamen Organisation“ zu gelangen. Konkret hatte die Mitgliederversammlung des BRSD im Oktober 1991 einen Arbeitskreis von fünf Personen berufen, „der mit Vertreterinnen und Vertretern von Euch (sc. CfS, die Red.) Vorschläge für dieses Zusammenwachsen erarbeiten“ und dann den Mitgliedern der beiden Organisationen zur Diskussion vorlegen sollte.

CfS druckte unseren Vorschlag in der Dezember-Ausgabe der CfS-Korrespondenz ab. Es gab auch einige informelle Kontakte. CfS reagierte aber ansonsten recht zögerlich: Nachdem über ein Vierteljahr ohne offizielle Antwort vergangen war, bat der Bundessprecher des BRSD am 26.1.92 in einem weiteren Schreiben darum, auf die konkreten Vorschläge „eine konkrete Antwort zu erhalten“. Die Antwort ging dann am 1.2.92 beim BRSD ein. CfS schlägt in diesem Brief (datiert vom 8.1.92) „einen anderen Weg“ vor: „ein Netzwerk oder auch eine Koordination“ mit weiteren „Gruppierungen und auch Einzelpersonen auf die Beine zu stellen, mit ihnen politisch zusammenzuarbeiten und gemeinsam zu diskutieren“.

Diesen Brief interpretierte der Vorstand des BRSD in seiner Antwort vom 15.2.92 „so, daß Ihr (CfS, d.Red.) von unserem Vorschlag wenig erbaut seid. Sollte

dies so sein, würden wir dies sehr bedauern“. Der BRSD habe nichts dagegen, mit CfS und anderen Gruppen Seminare zu planen, dies haben CfS und BRSD bereits 1986 getan. „Aus dieser Phase haben wir allerdings die Konsequenz gezogen, daß ein unverbindliches Zusammenarbeiten ganz schön ist, aber keine Alternative zu größeren Lösungen darstellt. ... Unser Anliegen war nicht, ein Netzwerk zu gründen“, sondern eine neue gemeinsame Organisation in Deutschland.

Zur Delegiertenkonferenz (DK) der CfS am 22.2.92 wurde dann der Bundessekretär des BRSD eingeladen und konnte etwa eine gute Stunde lang den Vorschlag des BRSD nochmals mündlich erläutern und mit den versammelten Delegierten der CfS diskutieren. Das Protokoll dieser DK mit den gefaßten Beschlüssen wurde in Kopie auch an den BRSD gesandt. Der Vorstand des BRSD geht aber davon aus, daß die Zusendung dieses Protokolls (u.a. weil ohne Absender und Unterschrift) die erwartete offizielle Antwort nicht sein kann und nicht sein sollte. Da das Protokoll nach Meinung des BRSD-Sekretariats zudem den Gang der Diskussion nicht in allen Punkten konkret wiedergibt, teilte der BRSD dies CfS in einem Brief vom 30.3.92 auch so nochmal mit und bat um Berichtigung.

Wir „warten deshalb weiterhin hoffnungsvoll auf die Antwort“, heißt es. Bis Redaktionsschluß lag uns die Antwort noch nicht vor.

Welche Position der BRSD nun weiterhin einnehmen wird, hängt von der Reaktion unserer Regionen und den Mitgliederversammlungen ab.

Udo Fleige

Gegen die HERRschende Weltordnung: 500 Jahre sind zuviel!

Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92 in München

Vom 6. bis 8. Juli versammeln sich in München die Staats- und Regierungschefs der USA, Deutschlands, Frankreichs, Japans, Italiens, Kanadas, Großbritanniens und ein Vertreter der EG-Kommission zu ihrem alljährliche „Weltwirtschaftsgipfel“ (G7-Treffen/WWG). Die Gruppe der G7 steht für die reichsten und mächtigsten Industrienationen der Welt. Schon der Titel „Welt“wirtschaftsgipfel ist pure Arroganz, als wären diese sieben Staaten schon die Welt. Aber er zeigt auch die realen Machtverhältnisse, schließlich beherrschen die Konzerne und Banken aus diesen Ländern tatsächlich die Weltwirtschaft und damit die Weltordnung.

Seit 1975 finden jährlich G7-Treffen statt, die der Absprache zwischen den kapitalistischen Großmächten dienen. Gestritten wird um Absatzmärkte, Wechselkurse, Atomkraft und Rüstung. Die auf diesem Gipfel versammelten Politiker sind die Repräsentanten einer unmenschlichen Weltordnung, unter deren Folgen Milliarden von Menschen vor allem in der „Dritten Welt“ zu leiden haben. Der Club der Reichen beutet besonders Menschen aus dem Trikont (Afrika, Asien, Amerika und Ozeanien) aus. Überall wo sich dagegen Opposition und revolutionäre Bewegungen formieren, werden sie mit allen Mitteln

bekämpft. Der Münchner WWG tagt vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der neuen deutschen Weltmachtposition. Eines der Hauptthemen wird die ökonomische und politische Aufteilung Osteuropas sein. WWGs sind auch Propagandashows: Werbung für die angeblich „funktionierende“ Marktwirtschaft, Demonstration imperialistischer Stärke, Selbstdarstellung der Regierungen. Als Gastgeber wird das größer gewordene Deutschland in München den Anspruch auf seine Vormachtstellung in der Welt demonstrieren.

1992 jährt sich zum fünfhundertsten Mal die „Entdeckung“ Amerikas. Unter dem Motto „Begegnung zweier Welten“ feiern die Herrschenden in Europa und Amerika diesen Auftakt kolonialer Expansion: Olympiade in Barcelona, Weltausstellung in Sevilla, nachgebaute Karavellen segeln in die Karibik, die Columbus-Statue wird mit der Freiheitsstatue in New York vermählt. Im Oktober treffen sich die Nachfolger der Conquistadoren, Bischöfe und Papst, lateinamerikanische Präsidenten und spanischer König auf Santo Domingo, um ihre Heilige Allianz zu bekräftigen.

1492: Mit der Eroberung Lateinamerikas vor 500 Jahren wurde der Grundstein für die bis heute währende Ausplünderung von Afrika,

Asien, Amerika und Ozeanien durch den „weißen Mann“ gelegt. Für die einheimische Bevölkerung bedeutet dies bis heute systematische Ausbeutung, Unterdrückung, Zerstörung und Krieg. Ganze Kulturen und die Lebensgrundlagen der Menschen wurden zugunsten ständig wachsenden Reichtums in den Ländern der Kolonialmächte zerstört.

1992: 500 Jahre Kolonialismus sind kein Grund zum Jubeln. Heute werden zwei Drittel der Menschheit gezwungen, in absoluter oder relativer Armut zu leben, das heißt Unterernährung, Krankheit und Analphabetismus. Grotteske Schuldenberge nehmen den Menschen der „Dritten Welt“ jede Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben.

Feiern werden die Herrschenden zugleich ihren Sieg im Kalten Krieg und werden ihre Version einer „one world“ von Demokratien und Menschenrechten, Marktwirtschaft und Zivilisation propagieren. Das ist zynisch angesichts der Realität einer weltweiten ökonomischen, ideologischen und kulturellen Ordnung, die für Konkurrenz und Ausbeutung, für Hunger und Elend, Folter und Krieg, für die rassistische und sexistische Unterdrückung und Ausbeutung verantwortlich ist!

Weltweit ist der Alltag von Frauen geprägt von patriarchalen Unterdrückungsstrukturen. Frauen verrichten zwei Drittel der Arbeit, erhalten aber nur ein Zehntel des Einkommens und besitzen nur 1% des Eigentums. Sie erhalten im Durchschnitt 40% weniger Lohn als männliche Arbeiter. Diese Zahlen beziehen sich auf alle Frauen der Welt,

d.h. die miserable wirtschaftliche Situation von Frauen im Trikont kommt in dieser Statistik noch gar nicht zum Ausdruck. In Politik, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft sind Frauen auf vielfältige Weise patriarchaler Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt.

Staatliche Repression und Rassismus nehmen weltweit und auch in allen kapitalistischen Zentren zu. In der „Festung Europa“ wird die Gesetzgebung zunehmend von Abschreckung, Ausgrenzung und rassistischer Diskriminierung bestimmt. Die BRD schiebt Flüchtlinge auch in Folterländer, z.B. die Türkei, ab. Vor diesem Hintergrund verstärkt sich der rassistische Straßenterror: unzählige Übergriffe auf Flüchtlinge und Anschläge auf AsylbewerberInnenheime.

ImmigrantInnen und Exilorganisationen wollen weder als stumme ZeugInnen herhalten noch als mit-leiderregende Opferkreaturen von der westlich-abendländische Welt bevormundet werden. Diese hat sich allzuoft angemäßt, Musterrezepte für ihre Befreiung zu haben. Sie kämpfen für ihre Selbstbestimmung und werden nicht ruhig zusehen, daß die Grenzen der wohlhabenden Industrienationen für bedrohte Menschen und die Völker der „3. Welt“ verschlossen werden. Gefordert ist eine Auseinandersetzung, die eine Jahrhunderte alte Denkstruktur überwindet und einen Emanzipationsprozeß einleitet.

Das Wirtschaftsmodell der G7 beruht auf bedenkenloser Naturzerstörung. Die von den Industrienationen praktizierte Wirtschaftsweise

ist Ursache für die Zerstörung der Erdatmosphäre, der Weltmeere und der Wälder, die Vergiftung der Böden, des Grundwassers und der radioaktiven Verseuchung durch Atomkraft. Dazu kommen die Gefahren der Gentechnologie. Zur Absicherung dieser HERRschenden Weltordnung setzen die reichen Länder skrupellos ihre aufwendigen Militär- und Polizeiapparate ein.

Diese mörderische Ordnung wollen wir nicht! Diese Weltordnung, unter deren Folgen Milliarden von Menschen vor allem in der „Dritten Welt“ zu leiden haben und die keine Rücksicht auf elementare Menschenrechte nimmt.

Dagegen regt sich weltweit Widerstand. Wir treten ein für eine Welt, in der die Menschen und die Natur nicht länger lästige Kostenfaktoren bei der Profitmaximierung sind. Wir kämpfen für ein selbstbestimmtes Leben und eine Produktion, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und die Natur nicht zerstört. Eine Veränderung der weltweit HERRschenden Ordnung muß eine grundsätzliche Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in den Metropolen miteinschließen.

Dieses Weltwirtschaftssystem ist gemessen an seinen eigenen Ansprüchen, allen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen, gescheitert. Dagegen setzten wir internatio-

nale Solidarität von unten gegen die HERRschaft von oben. Deshalb ist der Weltwirtschaftsgipfel, auf dem wichtige Absprachen und Entscheidungen über diese Ordnung getroffen werden, ein zentraler Punkt, an dem unsere Kritik und unser Widerstand ansetzt.

Die selbstherrliche Feier der Welt-herrscher soll nicht ungetrübt bleiben. Spucken wir den „Großen Sieben“ in die Hummercremesuppe!

Wir solidarisieren uns mit allen Menschen und Befreiungsorganisationen, die gegen diese Ordnung Widerstand leisten. Alle, die für eine Welt ohne rassistische und sexistische Unterdrückung, Ausbeutung, Krieg und soziale Ungerechtigkeit eintreten und kämpfen, rufen wir auf zu:

4.7. Großdemonstration
3.7 - 5.7. Gegenkongreß
6.7. - 8.7. Aktionstage

Arbeitskreis Demo/Aktionstage des Münchner Bündnisses gegen den WWG, Konto: 86795-801 Postgi-roamt München, BLZ 700 100 80 (Markus Viellvoye/Sonderkonto)

(Verantwortlich im Sinne des Presserechts: R. Linden, Holzstr. 2, 8000 München 5, E.i.S.)

Der Bund der Religiösen Sozialisten gehört zu den Mitunterzeichnern dieses Aufrufs.

Gründe für den Beitritt zum Bund der Religiösen Sozialisten

Der Bundessekretär des Bundes beantwortet Beitrittserklärungen zum B.R.S.D. im allgemeinen mit der Bitte um eine kurze Darlegung der Gründe, die jemanden zum Eintritt bei uns veranlaßt haben. Das hat weniger eine prüfende Funktion; vielmehr soll es ein Zeichen des Interesses an dem neuen Genossen/der neuen Genossin sein. Es ist auch immer wieder eine Bereicherung, von solchen Gründen bzw. Lebenswegen zu hören. Obwohl nicht für die Veröffentlichung bestimmt, finden sich immer wieder allgemein interessante Antworten, von denen zwei auszugsweise (und ohne die persönlichen Daten) hier wiedergegeben sei. (Andere könnten folgen.)

(1) ... Die zeitgeschichtliche Forschung (besonders im Bereich der Geschichte der Arbeiterbewegung) findet hier [sc. an der Universität B., die Red.] eine hohe Beachtung. Im Laufe meines Studiums hat sich nun herausgestellt, daß neben der Systematik gerade an dieser Stelle mein Herz schlägt. So geht es selbstverständlich nicht umhin, sich mit den religiösen Sozialisten und deren Wirkung in der Weimarer Zeit auseinanderzusetzen. Zwar begleitet mich die Frage nach verantwortlichen gesellschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten schon etliche Jahre (Aktivitäten in der Friedensbewegung, Antifaschismusarbeit u. ä.), aber nie zuvor habe ich mich so tiefgreifend mit Marxismus-Sozialismus-Kommunismus auseinandergesetzt wie während der Semester in B. Man könnte vielleicht sagen, daß sich, bei allen noch bleibenden Schwierigkeiten, eine Zentrierung im Blick auf diese Fragen vollzogen hat, oder besser gesagt: aus der Einsicht in die Marxsche bzw. sozialistische Analyse meine ich, gesellschaftstheoretische und ethische Probleme struktureller, radikaler erfassen zu können. Gerade im Blick auf meinen bewußt christlichen Kontext ist mir das eine große Hilfe. Nicht zuletzt das allgemeine schändliche Umgehen mit sozialistischen Ideen gerade nach den großen Umbrüchen in Osteuropa zeigt m.E. die Notwendigkeit einer gemeinsamen linken Stärkung gegen die zunehmend um sich greifende Kapitalismusverherrlichung. Von daher sehe ich es für mich als geboten an, aus der vereinzelt, zumeist leider uneffektiven Gesinnung herauszutreten und in Solidarität größeren Einfluß zu gewinnen. Nun ist der Bund der Religiösen Sozialisten freilich nicht der einzige Verein, der sich auf dieser Linie bewegt.

Warum habe ich mich also gerade für ihn entscheiden? Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Er bietet die Möglichkeit von einem religiösen (von mir aus christlichen) Selbstverständnis aus, gesellschaftskritisch und -politisch mit einem sozialistischen Impetus nachzudenken und aktiv zu sein. Die Überzeugung, daß die Ethik niemals von der Dogmatik losgelöst sein darf, scharf gesagt, daß alles Theologisieren schlechterdings auf die Ethik zuläuft, nur ihm ihrerwillen betrieben wird, hat für mich im Moment fundamentalen Charakter.

2. Leider ist vielen Menschen noch nicht bekannt, daß die Welt mit ihren Problemen nicht monokausal zu begreifen ist und schon gar nicht mit einem einzigen Kopf, was mit fortschreitender Entwicklung eigentlich schon seit langem deutlich sein müßte. Die einzige Möglichkeit, der Wahrheit etwas näher zu kommen, besteht nicht in Rechthaberei, sondern im ständigen Diskurs. ... Daß sich der B.R.S.D. selbst als undogmatisch, pluralistisch bezeichnet, betrachte ich als große Chance in Hinsicht auf eine fruchtbare Arbeit.

3. Durch meine Beschäftigung mit den „Wurzeln“ des Religiösen Sozialismus kann ich mich sehr wohl in vieler Hinsicht in seine Tradition einreihen, auch wenn ich an einigen Stellen auf Widerstand stoße. Sieht man die Praxis als Prüfstein der theologischen Entwürfe an, so stellt sich heraus, daß die Religiösen Sozialisten, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nahezu als einzige vor der Zensur der Geschichte bestehen können (zumindest was den Protestantismus bis 1933 anbelangt).

(2) ... ich befinde mich in der Ausbildung zum Elektriker, bin 21 Jahre alt ...

Beim Kirchentag bin ich auf Ihren Stand und einige Schriften gestoßen. Ich war sehr erfreut, Menschen zu treffen, welche sich um eine humanistische Gesellschaftsordnung ernste und ehrliche Gedanken machen. In diesem Geist wurde ich in unserer christliche Familie in der ehemaligen DDR erzogen. Für uns war es kein Tabu, einen besseren Sozialismus im kleinen Kreise der Familie zu praktizieren, das Reich Gottes auf die Erde zu holen und dafür in der Gesellschaft einzutreten.

Mein Entschluß, dem Bund der Religiösen Sozialisten beizutreten, reifte durch meine allgemeine Parteiverdrossenheit und auf Grund meiner Weltanschauung, die weder absolut „marxistisch oder christlich“ noch atheistisch ist. Trotzdem möchte ich politisch wach und aktiv bleiben, mich nicht durch das Geschwätz und die Lügen der Politiker einschläfern lassen, und schon gar nicht möchte ich mich irgendwelcher Ohnmacht und Entmutigung hingeben.

Politisch bin ich den linken christlichen Basisgruppen der ehemaligen DDR sehr verbunden.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zukünftig in Deutschland Formen von Diktatur, Barbarei, verschärften Sozialdarwinismus bis hin zu legitimiertem

Rassismus geben könnte. Es ist mein Ziel, das mit allen Mitteln zu verhindern. Dabei wäre es mir ein Greuel, Einzelkämpfer zu sein.

Die Theologie der Befreiung als ein Sammelbecken fortschrittlicher Kräfte ist für viele Menschen eine Hoffnung. Man hofft, das kapitalistische System zu bändigen, zu überwinden und seine weltweit bestehenden Unterdrückungsstrukturen zu beseitigen.

Volksherrschaft ohne Formen von Sklaverei, Erziehung zu sozialem Verhalten und geistiger Freiheit, Abschaffung des Militarismus sowie der Korruption und der staatlichen Repression sind für mich Ziele, für die es sich lohnt zu leben. Davon konnte mich schon in der DDR kein Geheimdienst abhalten.

Die unverfälschte Lehre des Marxismus ist für mich noch aktuell und inspirierend, sollte aber nicht in Form einer allein herrschenden Ideologie praktisch außer Kraft gesetzt werden.

Ebenso trete ich für die Trennung von Kirche und Staat ein. Ich bin der Meinung, daß alle Gläubigen sich wieder mehr einer urchristlichen Tradition bewußt werden sollten. So wird echte Glaubenskraft nicht durch Bürokratie, Karrierechristentum und Korruption gelähmt.

Buchrezensionen

Sozialismus und Nationalismus

Michael Walzer: Zweifel und Einmischung. Gesellschaftskritik im 20. Jahrhundert. S.Fischer-Verlag, Frankfurt/M. 1991, 352 S., geb.

Von wem mag wohl das folgende Zitat stammen?

„Der Sozialismus und der nationale Gedanke sind ... nicht nur keine Widersprüche, sie gehören notwendig zusammen. ... Der Nationalismus muß also doch etwas anderes sein als etwa eine atavistische Erscheinung, als ein verwerflicher Chauvinismus; seine Wurzeln müssen tief ins menschliche Erdreich gehen. Die Geschichte ist nichts anderes als die Geschichte von Völkern und von Staaten, in denen sie sich ausleben. Das Volk ist die Grund- und Urtatsache alles menschlichen Geschehens. Wer diese Tatsache über sehen oder theoretisch `überwinden` will, wird immer Schiffbruch erleiden ...“

Nun, der Urheber dieses eigentümlichen Zitats ist Engelbert Pernerstorfer, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, gestorben 1918.

Michael Walzer, der eine jüdische Tradition mit einer amerikanischen verbindet, hat ein gefährlich zeitgemäßes Buch geschrieben, dessen Hauptthese mit diesem alten Zitat von Pernerstorfer umschrieben werden kann. Kennern der Geschichte des religiösen Sozialismus und des Sozialismus überhaupt fällt auf, daß sich bei Walzer (aber nicht nur bei ihm!) das Paradigma „Nation“ bzw. „Volk“ in genau derselben Weise als Leitfigur herausstellt, wie es anfangs der 30er Jahre in unserem Jahrhundert schon einmal der Fall gewesen ist.

Die Personen, an denen diese Leitfigur sozusagen durchgespielt wird, sind bekannte Gesellschaftskritiker unseres Jahrhunderts: Julien Benda mit seiner These vom Verrat der Intellektuellen, Randolph Bourne in Amerika, Martin Buber, der italienische Marxist Antonio Gramsci, Ignazio Silone, George Orwell, Albert Camus, Simone de Beauvoir,

Herbert Marcuse, Michel Foucault und der Südafrikaner Breyten Breytenbach.

Schon die ausführlichen Mitteilungen aus dem Werk dieser Gesellschaftskritiker rechtfertigen die (kritische!) Beschäftigung mit diesem Buch. Machen sie sie auch lohnend?

Das würde ich nur in dem Sinne bejahen, daß man immer wieder Grund findet, Walzers Hauptthese zu widersprechen. Denn was für eine Verkürzung Martin Bubers stellt es doch dar, seine umfassende Lebenswirksamkeit lediglich auf die Erreichung des zionistischen Staates zu beziehen! Und ist Bubers Haltung zur offiziellen israelischen Politik damit richtig wiedergegeben, wenn man sagt, es sei bloß „Mikrokritik“ gewesen? In äußerst charakteristischer Weise verweist Walzer Bubers grundlegende Schrift zur politischen Philosophie, „Pfade in Utopia“ (man beachte die 3., erheblich erweiterte Neuauflage, von Abraham Schapira herausgegeben, Heidelberg 1985!) in eine bloße Fußnote!

Walzer stützt sich dagegen auf Bubers Aufsatzsammlung „Ein Land und zwei Völker“ (dessen deutsche Ausgabe, 19183 in Frankfurt/Main erschienen, den Übersetzern übrigens nicht bekannt zu sein scheint). Der lohnende Zitat-Vergleich ergibt nun, daß Walzer, um Buber an das israelische Staatsvolk zu binden, häufig seinen Sätzen die eigentliche Spitze abgebrochen hat. In diesem Zusammenhang wäre die Heranziehung von Judah L. Magnes, dem Freund und Mitarbeiter von Martin Buber, der mit dem aus Deutschland emigrierten religiösen Sozialisten Heinz Kappes in Jerusalem eng zusammengearbeitet hat, sehr erhellend gewesen!

Wenn sich Walzer für seine These, alle wichtigen Gesellschaftskritiker seien „national-volksnahen“ Schlages“ gewesen (S. 321), gar auf die Propheten Israels in der hebräischen Bibel beruft, dann ist damit der Anti-Nationalismus etwa eines Amos total auf den Kopf gestellt. Und wenn wir einen religiösen Sozialisten wie Paul Tillich nehmen, so macht der Wider-

spruch gegen die nationalistische Dämonie einen wichtigen Teil seines Werkes aus.

Wenn ich Walzers Buch gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgesprochen gefährlich finde, dann darum, weil die nationalistische Infektion allerorten zu spüren ist. Die Binsenweisheit, daß Gesellschaftskritik ein konkretes Umfeld braucht und sich deshalb zum „Volk“ hin vermitteln muß, darf auf keinen Fall, wie es hier latent geschieht, zur Ermutigung nationalistischer Stimmungen mißbraucht werden. Die Juden Osteuropas, von neuem Nationalismus zum Teil schon wieder physisch bedroht, haben (man nehme nur das polnische Beispiel!) mit Intellektuellen „national-volksnahen Schlages“ ihre eigene Erfahrung gemacht. Wenn wir selbst einem Märtyrer wie Maximilian Kolbe an diesem Punkt entschieden widersprechen müssen, dann muß uns Walzers Buch ein ernster Anlaß sein, das neu entstehende Gefälle zum Nationalismus hin kritisch zu betrachten und geistig wie politisch zu bekämpfen.

Arnold Pfeiffer

Archäologie der „Stunde Null“

Rolf Henrich: Der vormundschaftliche Staat. Reinbek April 1989

Wie geht es weiter in der DDR? Hat die Wahl vom 18. März 91 die bedingungslose Kapitulation besiegelt, die genuine DDR-Opposition vernichtet und die Epoche 1949-1989 abgehakt? (Sollte man sagen: „abgehakt“?) Ist die umgeschlagene Seite eine Stunde Null für die DDR und der Sozialismus nichts als eine schreckliche Episode, für die Menschen mit Verstörung und Orientierungslosigkeit bezahlen mußten?

Wenn es eine Stunde Null gibt (und ich halte dafür), dann ist sie es auch für die BRD, die gar nicht ahnt, daß sie keine „*tabula rasa*“ übernimmt. Die „Schwierigkeiten der Ebenen“ könnten den gründlichen Analysen - verdrängt von oberflächlichem, ausschließlich ökonomischem Wunsdenken - neue Aktualität verleihen.

Zu diesen ernstzunehmenden Untersuchungen gehört Rolf Henrichs Essay „Der

vormundschaftliche Staat“. Zwei Begriffe sind hier fundamental: „Staatssozialismus“ und „Formationsverdrängung“. Beide Begriffe sind im folgenden zu erklären.

Der Essay des Anwalts aus Berlin bzw. Frankfurt/Oder, der zu den Gründern des NEUEN FORUMS zählt, versteht sich in der Tradition der *Aufklärung* im Sinne der „klassischen“ Definition bei Kant: „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“. Die Haltung der Aufklärung unterscheidet sich daher von der gewisser Wählermassen am 18. März darin, daß sie sich nicht die Wehleidigkeit der Opferrolle anzieht und stattdessen die Verantwortung für den verspäteten Aufstand gegen Honeckers Unbeweglichkeit übernimmt. Der Ausweg aus der Misere kann daher auch kein ökonomischer (D-Mark und inzwischen schon nicht mehr „ökologische“ Marktwirtschaft), sondern nur ein moralischer sein. An ihrer moralischen Verrottetheit, nicht an mangelnder Produktivität (Platz 8 der Welt-rangliste) ist die DDR zugrundegegangen. Nicht die „marode Wirtschaft“ ist das Problem, wie die - offenbar durch und durch materialistisch denkende - Bundesregierung nicht müde wird zu behaupten, sondern die durchlöcherete ethisch-moralische Identität.

Dies ist in einem System des Staats-Sozialismus, der nicht mit den Bürgern, sondern gegen sie regiert, auch nicht anders zu erwarten. Die Bürokratie mißtraut dem Einzelnen und bespitzelt ihn daher „flächendeckend“. Nicht das System des kollektiven Eigentums war kontraproduktiv, sondern das der nur von oben nach unten gerichteten, bevormundenden Planung. Eine Verschwendung sondergleichen: eine paternalistische Bürokratie, die es nicht gegeben hätte ohne das Mißtrauen der Herrschenden; die folglich so sinnvoll war wie ein Wasserkopf.

„Die Schwäche der marxistischen Analyse des russischen Entwicklungsweges resultiert wesentlich aus einer Unterschätzung der ökonomischen Rolle des despotischen Staates. (S. 52) Der Staat ist hier nicht nur Überbau, der die ökonomische Entwicklung, wie in Europa, nachvollzieht, sondern muß diese künstlich anleiten, zum Motor der Entwicklung

werden - mit den bekannten Folgen. Die staatssozialistischen Verhältnisse nehmen in viel größerem Umfang alte Strukturen in sich auf, als gemeinhin angenommen wird.

Läßt man vom linearen Schema „Feudalismus - Kapitalismus - Sozialismus“, ab, so fällt in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts der Ost-West-Gegensatz ins Auge. Die historisch spezifisch gewachsene russische Aus- oder Verformung der staatssozialistischen Ökonomie wurde nach dem 2. Weltkrieg auf die bereits weiter entwickelten Länder des Stalinschen Einflußbereiches ausgedehnt: die fortgeschrittenere kapitalistische Formation durch eine halbasiatische *verdrängt*. Daher Henrichs mit Hilfe von Dutschke und Bahro gewonnener Begriff „Formationsverdrängung“. Es gab also keine proletarische Revolution im klassischen Sinne, weder in Rußland noch in der DDR. Doch die Politbürokratie *muß* es so darstellen, um ihre Herrschaft zu legitimieren. Henrich wirft gnadenlos Licht auf die Zwänge, die die Herrschaft einer Partei tief in die Verlogenheit führen. Darob, aber auch wegen der millionenfachen Opfer der Industrialisierung ist „Trauer und Aufklärung nötig“. Das Gefühl der Enttäuschung ist der Anfang moralischer Einsicht. Hier erinnert mich Henrich an Marx: „Die Scham ist schon eine Revolution“ (MEW 1,337).

Gerade im Osten konnte sich aufgrund der historischen Voraussetzungen ein System etablieren, das das Allgemeine über das Besondere herrschen läßt, anders gesagt: ein „Gewebe der Heuchelei und Lüge“ (V. Havel, zit. S. 208f.). „Der Sozialismus scheitert bisher überall auf der Welt an seiner Morallosigkeit.“ Ich betone dies so stark, zitiere Henrich immer wieder, nicht um ihn als Morallehrer hinzustellen, sondern weil anhand dieser Kritik klar wird, daß alle bisherige Analyse des Staatssozialismus daran krankte, daß sie denselben Maßstab an zwei Gesellschaften anlegte, die verschiedener nicht sein konnten: den Maßstab der ökonomischen Effizienz und des Konsums. Vergleicht man aber anhand des materiellen Lebensstandards, dann kann die Besonderheit des Sozialismus nicht hervortreten, und der

Kapitalismus ist dann - wenn der Götze Konsum der Maßstab ist - der bessere Sozialismus. Erst die moralische Kritik legt die wahren Gründe des Scheiterns eines solchen Systems bloß.

Schlimmer noch als das Gewebe von Lüge und Heuchelei ist - nimmt man den Menschen als Ganzheit und nicht bloß als ökonomisches Wesen - seine Entmündigung auch in allen metaphysischen Fragen. Die Partei hat längst darüber entschieden, was von metaphysischen Fragestellungen zu halten ist, nämlich: gar nichts. Sie werden tabuisiert, somit wird der Tod - und ggf. die Transzendenz - aus dem Weltbild des sozialistischen Menschen verdrängt. Auch hier wird dem Menschen die eigene Entscheidung aus der Hand genommen.

Selbst die Institution Kirche fügt sich - in ihrem Wunsch, nützlich zu sein - den Zwecken der Systemerhaltung ein. Sie bot sowohl Obdach für Friedensgebete als auch eine gewisse Disziplinierungsfunktion für den Staat. Bestimmte Grenzen durften auch dann nicht überschritten werden, als es schon nicht mehr wirklich gefährlich gewesen wäre. Als Anthroposoph steht Henrich den institutionalisierten Glauben sehr reserviert gegenüber. Nur in der Mystik sieht er wahre religiöse Erlebnisse, nur auf diese kommt es an. Veräußerlichter Glaube bietet keine Möglichkeit der Begegnung mit Gott. Henrich beruft sich dabei auf Bonhoeffer, der ja auch vor der „Organisation“ warnte. Um so schlimmer, wenn sich die Organisation dann noch in der Märtyrerrolle des angeblichen Verfolgtwerdens gefällt.

Die Macht des Klerus erstickt selbst die Religiosität, denn nur da, wo Religion nicht verordnet wird, kann sie sich frei entfalten. Ja, sogar Wissen und Bildung müssen wie Ballast abgeworfen werden, damit die Seele „im göttlichen Licht ... schauen“ kann. Die Umkehr muß den Menschen wie ein Blitz treffen.

„Worauf wahre Religiosität in zeitgemäßer Form ... abzielt, kann gar nichts anderes sein, als die Erweckung des ‚inneren‘ Menschen in uns, des Menschen also, für den Gott allein das Licht ist ...“ (S. 254). Die heilende Wirkung des „inneren“ Menschen überwindet die rein äußerliche

Leitung durch Macht, Geld oder ähnliches.

Wer sich wundert, daß ausgerechnet aus der DDR eine so radikale Infragestellung der rationalistischen Moderne kommt, sollte zweierlei bedenken: daß es nur unser unhaltbares, auf Unkenntnis beruhendes Klischee des „Ostens“ war, die Menschen, die dort lebten, in die gleiche materialistische Ecke zu stellen wie ihre atheistischen Bedrücker, und daß in dieser Aufhebung des zweckrationalen Denkens eben *kein* New-Age-Bewußtsein verkündet, sondern eine *beide* Formen der Konsumgesellschaft - einschließlich der Konsum-Religion der Kirchen - ins Mark treffende Kritik versucht wird. Die Kenntnisnahme solcher Ansätze ist erst der *Beginn* eines blockübergreifenden Denkens, in dem wir endlich einmal auch die Lernenden, die Nehmenden sein werden. Auch die Unfähigkeit zu nehmen ist eine Form der Unmündigkeit, aus der Aufklärung den Weg weisen will.

Frank Miething

Um die Rettung der tropischen Regenwälder

Martina Etzbach, Michael Müller, Joachim Spangenberg (Hg.): **Rettet den Tropenwald!** Dietz Tb. 38, 1991, 288 S. mit zahlreichen Abbildungen, ISBN 3-8012-3038-4, DM 16,80.

Abgeholzt, niedergebrannt und in gigantischen Stauseen ersäuft - das Ende der tropischen Regenwälder ist bereits abzusehen: Wenn es so weitergeht wie heute, droht den noch übriggebliebenen Tropenwäldern innerhalb der nächsten zwanzig bis dreißig Jahre die totale Vernichtung.

Was muß wirklich getan werden, um den Tropenwald zu retten - außer den öffentlichen Bekundungen, die von verschiedenen Interessenseiten her fast gleich lauten? Dieses sehr fundierte Buch präsentiert neben einer Darstellung der wesentlichen Zusammenhänge der Tropenwaldvernichtung zwanzig Beiträge von Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft sowie entwicklungs- und umweltpolitischen Organisationen (die zum Teil wie die Herausgeber in der Klimaschutz-Kommission des Bundestages mitarbei-

ten) zur Diskussion um die Rettung der tropischen Regenwälder.

Schon in dem Vorwort von Prinz Charles wird die große Mitschuld der Industrieländer an der Zerstörung eines der letzten Naturparadiese der Erde herausgestellt. Die Hauptrolle spielen dabei wirtschaftliche Interessen multinationaler Konzerne und Spekulanten, aber auch einheimische Großgrundbesitzer, die mit ihrer Gier die Lebensgrundlagen der letzten Indianerstämme und auch derjenigen, die den Regenwald schonend nutzen, zerstören. Daher ist das Buch dem brasilianischen Gummizapfer Francisco Mendes gewidmet, der 1988 von seinen politischen Gegnern ermordet wurde.

Die Umweltgruppen rufen auch die Industrieländer zu einem Tropenholzboycott auf, da die bislang bei uns im Handel angebotenen Hölzer überwiegend aus dem Raubbau an bislang unberührten Primärwäldern stammen. Unsere Kreisgruppe Bernkastel-Wittlich im BUND für Umwelt und Naturschutz wurde dazu aktiv, als eine Gemeinde 600 Lärmschutzfenster aus Tropenholz bestellt, weil diese etwas billiger waren, und dafür ihren bereits beschlossenen Tropenholzboycott wieder aufhob!

Die EKD veröffentlichte im September 1991 eine Studie (sie kam leider für dieses Buch etwas zu spät) „Die ökologische Krise als Nord-Süd-Problem“, in der am Beispiel der Regenwaldzerstörung in Amazonien festgestellt wurde, daß die Industrieländer als Rohstoffverbraucher, Kreditgeber und wichtigste Akteure einer Weltwirtschaftsordnung maßgeblichen Anteil an dieser Umweltzerstörung haben.

Das Buch geht weniger auf den Naturschutz und die Schönheit dieser letzten Paradiese ein; diese Aspekte werden jedoch jedem Interessierten durch andere Medien ausreichend nahegebracht. Es ist aber sehr gut geeignet, jedem für ein weitergehendes Engagement fundierte Argumente in die Hand zu geben. Und es stellt den sehr großen Artenreichtum dar, der zum großen Teil noch nicht erforscht und in seiner Bedeutung erkannt worden ist, und der aufgrund der geringen Individuenzahl wohl auch unwiderbringlich zum Verschwinden gebracht wird.

Karl-Heinz Sulflow

Abo und Geschenk-Abo „Christ und Sozialist“

Seit 42 Jahren erscheint die Vierteljahreszeitschrift der deutschen Religiösen SozialistInnen: **CHRIST UND SOZIALIST.**

Das Jahresabonnement kostet DM 20.- (Ausland DM 25.-) inkl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein „Förder-Abo“ gedeckt werden, um das wir LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30.-, DM 50.- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialisten beträgt z. Z. DM 70.- pro Jahr; darin ist das Abo für „Christ und Sozialist“ sowie der Mitglieder-Rundbrief enthalten. Beträge über DM 20.- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: B.R.S.D., Pf. 25 21, W-7400 Tübingen

- Ich interessiere mich für eine Mitgliedschaft im B.R.S.D.
- Hiermit abonniere ich „Christ und Sozialist“ ab Heft _____
- zum Bezugspreis von DM 20.- (Ausland DM 25.-) im Jahr.
- zum Förderpreis von DM _____ im Jahr.
- Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von „Christ und Sozialist“ von Heft _____ bis Heft _____ / bis auf Widerruf für *Nichtzutreffendes streichen
- Name: _____
- Anschrift: _____
- zum Bezugspreis von DM 20.- (Ausland DM 25.-) im Jahr.
- zum Förderpreis von DM _____ im Jahr.

Besteller: _____

Anschrift: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch „Alt-AbonnentInnen“).

Kontoinhaber: _____

Anschrift: _____

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialisten e.V. widerruflich

- eine einmalige Spende in Höhe von DM _____
- die Abo-Gebühr für „Christ und Sozialist“ von DM 20.- (Ausland DM 25.-) im Jahr,
- die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM _____ im Jahr
- von meinem Konto bei der (Kreditinstitut): _____
- BLZ _____ Konto-Nr. _____ einzuziehen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein Neu-Abo / Alt-Abo.

Der Vorstand des BRSD lädt ein zur

Mitgliederversammlung

vom 30.10.1992 (Beginn 18 Uhr mit dem Abendessen) bis 1.11.92 (Abschluß mit dem Mittagessen) in der

Evang. Jugendbildungsstätte Bad Hersfeld

Tagesordnung:

Eröffnung durch ein Vorstandsmitglied
Bericht des Vorstands
Bericht des Kassenprüfers
Antrag auf Entlastung des Vorstands
Neuwahlen zum Vorstand

Die Mitgliederversammlung ist verbunden mit einer Jahrestagung. TeilnehmerInnen erhalten ein genaues Programm und Wegbeschreibung.

Anmeldung bis 15.09.92 bei
B.R.S.D., Postfach 25 21, W-7400 Tübingen 1

Impressum

Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Ulrich Peter (Berlin), Erhard Griese (Willich), Udo Fleige und Karin Bassler (Tübingen). Erscheinungsweise vierteljährlich.

Bezugspreis z.Zt. jährlich DM 20.- (Ausland DM 25.-) incl. Porto. Zahlungen zu Beginn des Kalenderjahres bitte selbständig an den Bund der Religiösen Sozialisten, Postgiro Dortmund 189 389-464 (BLZ 440 100 46). Quittungen werden auf Wunsch zugesandt. **Förderabo** DM 30.- oder mehr. Beträge über DM 20.- sind als Spende steuerlich absetzbar.

„Christ und Sozialist“ kooperiert mit „Neue Wege“, Zürich.

Redaktion: Erhard Griese (Schriftleitung), Krusestr. 20, 4156 Willich 1; Reinhard Gaede, Herford; Ulrich Peter und Gunter Schwarze, Berlin.

Abonnements und Retours: B.R.S.D., Postfach 2521, 7400 Tübingen. Kündigungen zum Jahresende wirksam.

Layout: Thomas Bassler, Tübingen. **Druck:** Hephata-Werkstätten, Mönchengladbach.
Hergestellt auf Umweltschutzpapier

Was wollen die Religiösen Sozialisten?

Das „edle Wort“ (H. Gollwitzer) Sozialismus ist in der Geschichte ebenso verdorben worden wie das „edle Wort“ Christentum. Beide verdienen es, gereinigt zu werden durch Rückführung auf das in ihnen ursprünglich Gemeinte.

Die Bibel der Juden und der Christen spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der „die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet“. Jesus von Nazareth hat das Reich Gottes für diese Erde verkündet.

Darum treten die Frauen und Männer im Bund des Religiösen Sozialisten für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen gerechte und gleiche Lebensbedingungen antreffen. Wir tun das als Teil der ökumenischen Christenheit, verbunden mit dem Erbe der Arbeiterbewegung und solidarisch mit den Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und Schwarzafrikas.

Das bedeutet theologische Kritik des Kapitalismus, besonders des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des unmenschlichen kapitalistischen Verdrängungswettbewerb, dessen Folgen sich in der Verweigerung des Rechtes auf Arbeit wie in der Bedrohung der Schöpfung zeigen.

Dazu gehört eine ständig lebendig weiterzuentwickelnde sozialistische Geschichts- und Gesellschaftsanalyse.

Zur Geschichte: Am Anfang der religiös-sozialistischen Bewegung stehen Christoph Blumhardt und Leonhard Ragaz. Blumhardt trat 1899 an die Seite streikender Arbeiter und verlor sein Pfarramt, als er der SPD beitrug. Ragaz gründete 1906 die noch heute erscheinende Zeitschrift „Neue Wege“ (Zürich). Er gab 1921 seine Theologieprofessur auf und widmete sich der Arbeiterbildung.

In der Weimarer Zeit setzten sich Religiöse Sozialisten gegen Reaktion (Fürstenentschädigung) und Militarismus (Panzerkreuzerbau) ein. Wortführer des 1926 gegründeten „Bundes der religiösen Sozialisten“ und Schriftleiter des „Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes“ war Erwin Eckert, bis er 1931 amtsenthooben wurde und der KPD beitrug.

Der 1933 verbotene Bund wurde 1976 von einer Gruppe wiederbelebt, die aus der Studentenbewegung kam. So wurde auch der Anschluß an den Internationalen Bund Religiöser Sozialisten wiedergefunden, dessen stärkster Zweig die schwedische „Bruderschaftsbewegung“ ist. Auf seiner ersten Tagung außerhalb Europas, 1986 in Managua, wurde mit den „Cristianos en la Revolución“ Nicaraguas die partnerschaftliche Assoziierung beider Bewegungen beschlossen.

**Es gibt solange keine Freiheit,
wie es die Freiheit gibt, andere auszubeuten.**